

TERROR

wo er herrührt
wozu er missbraucht wird
wie er zu überwinden ist

Rolf Gössner

Angst- statt Sicherheitspolitik

Conrad Schuhler

**Der Terror und die Verantwortung
des Westens**

Schutzgebühr: 3,00 Euro

ISW

SPEZIAL-NR.29

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Impressum

isw-spezial 29, Dezember 2016

Publikationsreihe isw-spezial: ISSN 1614-9270

Herausgeber:

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Telefon 089/130041 Fax 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Autoren: Rolf Gössner, Conrad Schuhler

Redaktion: Conrad Schuhler

(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Layout und Grafiken: Monika Ziehaus

Karikaturen: Bernd Bücking

Schutzgebühr: 3,00 EUR

Der Innenteil dieser Broschüre ist auf 100 % Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel, gedruckt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des isw e.V.

Inhalt

Editorial	2
-----------------	---

ROLF GÖSSNER

Angst- statt Sicherheitspolitik

Aufrüstungs-, Abwehr und Kriegsreflexe angesichts von Terroranschlägen
und "Flüchtlingsflut" – Nichts gelernt in Sachen Flucht- und Terrorursachen...

I. Herrschende "Sicherheitspolitik": Fatale Aufrüstungsreflexe mit hohem Gewaltpotential	3
II. Verfassungswidrige Sicherheits- und Antiterror-Gesetze in Serie	5
III. Neues Antiterror-Gesetzespaket 2016	5
IV. Symptom- statt Ursachenbekämpfung – wie sich der Westen seine Feinde schafft	6
V. Rassistischer Terror und die Verflechtungen des "Verfassungsschutzes" in Neonaziszenen	7
VI. Trotz Skandalgeschichten, Versagens und Vertuschens: keine ernsthaften Konsequenzen	9
VII. Neue Sicherheitsarchitektur: Da wächst zusammen, was nicht zusammengehört	10
VIII. Beispiel Schnöggersburg: Aufstandsbekämpfung im urbanen Raum	13
IX. Schlussplädoyer: Ursachenbekämpfung statt Aufrüstungs- und Kriegspolitik	13

CONRAD SCHUHLER

Der Terror und die Verantwortung des Westens

1. Das Anschwellen von Terror und Krieg	16
2. Terror und Flucht – dieselben regionalen Schwerpunkte, dieselben Ursachen: Krieg und soziales Elend ...	17
3. Die Quellen des Terrorismus sind Ergebnis der vom Westen betriebenen Globalisierung	17
4. Terror in Europa – Migranten: diskriminiert, arm, ohne Perspektive	19
5. Terror und Islam	21
6. Terrorismus als Alibi für Krieg und Demokratieabbau	23

CONRAD SCHUHLER

Die Linke, der Terror und die innere Sicherheit – Ein Kommentar	26
--	-----------

Editorial

Die Frage des Terrors wird von zwei Autoren und von zwei Seiten angegangen. Rolf Gössner arbeitet in seinem Beitrag "Angst- statt Sicherheitspolitik" heraus, dass die politischen Eliten dabei sind, eine staatliche Aufrüstung nach innen und außen zu betreiben, für die sie im "Terrorismus" die passenden Feindbilder und Sündenböcke finden. Seit 9/11, dem Angriff auf die Twin Towers in New York, sind dies "islamistische Extremisten" und der "internationale Terrorismus", was in der Medienöffentlichkeit schlicht mit dem "Islam", mit Muslimen und Migration gleichgesetzt wird. Das Horrorbild dient als Legitimation für weitere Grundrechtseingriffe und Rüstungsmaßnahmen.

Für diese staatliche Aufrüstung zahlt unsere Gesellschaft einen hohen Preis: die westlichen Werte, die angeblich geschützt werden sollen – Demokratie, Rechtsstaat, Bürgerrechte, Freiheit, Offenheit, Rechtssicherheit – werden eben durch die "Schutzmaßnahmen" aufs Schwerste beschädigt.

Statt dieser Aufrüstungs- und Kriegspolitik fordert der Autor eine wirkliche Ursachenbekämpfung des Terrors. Es geht um die Schaffung einer friedlichen Welt und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Um die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit, fairer Integration, um humane Flüchtlingspolitik und konsequente Umwelt- und Friedenspolitik. Den Terror zu überwinden, verlangt mithin einen grundlegenden gesellschaftlichen Kurswechsel, der nicht anders durchzusetzen sein wird als im Kampf gegen diejenigen, die aus der aktuellen Situation von Ungerechtigkeit und Ungleichheit ihren hohen Profit ziehen.

Conrad Schuhler nimmt diese Verantwortlichen ins Visier in seinem Beitrag "Der Terror und die Verantwortung des Westens". Die Quellen des Terrorismus – Kriege und soziales Elend – sind Ergebnis der vom Westen betriebenen Globalisierung, in die mittlerweile "Schwellenländer" wie China einbezogen sind. In Europa findet der Terror in der zweiten Generation der Migranten, die in ihren neuen Ländern diskriminiert, arm und ohne Perspektive sind, Zuspruch.

Der Islam, der politische Islam, bietet den Jugendlichen in ihren Ursprungsländern einen in ihren Augen legitimen und würdigen Rahmen für einen "revolutionären Kampf". Der islamistische Terror entspricht jedoch keineswegs den Voraussetzungen linker Parteinahme für revolutionären Kampf. Zu diesen zählt unter anderem, dass die unterdrückende Gewalt nicht durch politische Aktionen beseitigt werden kann und dass niemand Unbeteiligter zu Schaden kommt. Eben darauf aber kommt es dem islamistischen Terror an, um auf diese Art die Spirale der Gewalt weiter anzutreiben.

Der Autor kommentiert das Thema: Die Linke, der Terror und die innere Sicherheit. Die innere und äußere Sicherheit und Angstfreiheit seien zentrale Teile der sozialen Frage. Die subalternen Schichten seien besonders stark von sozialer und ziviler Unsicherheit betroffen. Deshalb gehöre zum Ausbau des Sozialstaates auch der Ausbau der Polizei – die aber endlich demokratisch organisiert und kontrolliert werden müsse.

Rolf Gössner

Angst- statt Sicherheitspolitik

Aufrüstungs-, Abwehr- und Kriegsreflexe angesichts von Terroranschlägen und "Flüchtlingsflut" – Nichts gelernt in Sachen Flucht- und Terrorursachen...

"*Nach Paris ist alles anders*", das hörten wir nach den grauenvollen Terror-Anschlägen vom November 2015, denen schon das Massaker gegen Charlie-Hebdo vorausgegangen war und 2016 die Anschläge in Brüssel, Nizza und der Normandie folgten. Dann schließlich die Terrorattacken und mutmaßlichen Anschlagsvorbereitungen auch in der Bundesrepublik: Hannover, Essen, Würzburg, Ansbach und Chemnitz. Der "islamistische Terror", so heißt es seitdem, sei in Deutschland angekommen und dieser sei, so sieht es ein nicht kleiner Teil der Bevölkerung, das blutige Ergebnis einer verfehlten Flüchtlingspolitik. Diese Behauptung steht im öffentlichen Raum und beherrscht die politische Bühne, obwohl die jeweiligen Einzeltäter, ihre Herkunft und Motivation sehr unterschiedlich waren. Stimmt nun die angstbesetzte, nach Sicherheit gierende Einschätzung, dass alles anders geworden sei? Tatsächlich frage auch ich mich nach jedem Anschlag oder Anschlagversuch: Muss ich etwa manches widerrufen und abschwächen, zumindest in Frage stellen, was ich bisher Staatskritisches enthüllt und publiziert habe: etwa über unkontrollierbare Geheimdienste, überzogene Sicherheitspolitik oder Menschenrechtsverletzungen im Namen des "Antiterrorkampfes"?¹ Doch jedes Mal komme ich zu der Überzeugung: Diese Kritik bleibt berechtigt und notwendig, weil im Spannungsverhältnis Freiheit und Sicherheit auch die zugrundeliegenden multiplen Probleme und die sicherheitspolitischen Reaktionsmuster im Kern gleich, zumindest ganz ähnlich geblieben sind – unabhängig von Art und Dimension der grauenvollen Massaker, trotz aller Betroffenheit und Trauer.

I. Herrschende "Sicherheitspolitik": Fatale Aufrüstungsreflexe mit hohem Gewaltpotential

Tatsächlich erleben wir wieder die altbekannten sicherheitspolitischen und medialen Reflexe: Neben der Beschwörung "unserer westlichen Werte" und "unserer Art zu leben" erschallt der immer gleiche, letztlich hilflose Schrei nach dem starken Staat: nach aberma-

ligen Gesetzesverschärfungen, Militäreinsätzen im In- und Ausland, nach weiterer Polizei- und Geheimdienst-Aufrüstung, nach Internetzensur, nach noch mehr Überwachung und Erfassung der Bevölkerung, nach Sicherheitsüberprüfungen und zügiger Abschiebung von Flüchtlingen, selbst in Krisengebiete – bis hin zu Forderungen, Burkas zu verbieten, sogenannte Gefährder in Präventivhaft zu nehmen, die Polizei mit Kriegswaffen auszurüsten, eine Art Nationalgarde mit Reservisten einzurichten und Lebensmittelvorräte für Notfälle zu bunkern.² Und seit geraumer Zeit erhalten ausgerechnet Geheimdienste wieder enormen Auftrieb – trotz ihrer Riesenskandale, Ineffizienz und strukturellen Kontrolldefizite.

Insgesamt also eine fatale Aufrüstungsdynamik mit hohem Gewaltpotential und bedrohlicher Kriegsretorik – zumeist Reaktionen mit unkalkulierbaren Risiken, aber ganz im Sinne des sogenannten *Islamischen Staates*, der sich zu den meisten der Anschläge bekannte und sich von einer solchen Gewalteskalation neue Terrorhelfer aus und in Europa erhofft.

Doch auch diese Rüstungsspirale ohne Ende wird das angeschlagene Sicherheitsgefühl der Bevölkerung allenfalls kurzzeitig besänftigen. Sage und schreibe 80 bis 90 Prozent der Bewohner sowohl Frankreichs als auch Deutschlands befürworteten Ende 2015/Anfang 2016 nach den Anschlägen in Frankreich und Belgien verschärfte Sicherheitsmaßnahmen im Inland³ – sind also bereit, treuherzig oder obrigkeitgläubig abermals eigene Bürger- und Freiheitsrechte für vermeintlich mehr Sicherheit zu opfern. In Frankreich gilt seit Januar 2015 die höchste Sicherheitsstufe, Militäreinheiten wurden in Marsch gesetzt, Teile der europäischen Menschenrechtskonvention suspendiert, Sicherheitsgesetze erheblich verschärft, Massenüberwachungen legalisiert. Während des mehrfach verlängerten Ausnahmezustands sind Wohnungsdurchsuchungen ohne Richterbescheid erlaubt sowie Demonstrationsverbote, Ausgangssperren und Hausarrest.⁴ Doch die folgenden Anschläge konnten auch damit nicht verhindert werden.

1) Vgl. die in der Literaturliste aufgeführten Titel und Beiträge.

2) Siehe u.a. Neun-Punkte Plan der Bundesregierung 2016; Berliner Erklärung der Innenminister und -senatoren zu Sicherheit und Zusammenhalt in Deutschland vom 19.8.2016; Geyer über das neue Konzept zur Zivilverteidigung, in: Frankfurter Rundschau v. 22.8.2016; Schulze, Vorrat für den Fall der Fälle, in: taz v. 23.8.2016, S. 4.

3) Lt. ARD-Umfragen Ende 2015

4) Vgl. dazu: Internationale Liga für Menschenrechte protestiert zusammen mit weltweitem Menschenrechtsverband gegen Antiterror-Notstandspolitik Frankreichs

"Angst ist das Schmieröl der Staatstyrannei" – es ist diese bittere Erkenntnis, die darauf verweist, dass Verunsicherungspolitik und Angst als Herrschaftsinstrumente nutzbar sind und die uns warnen und veranlassen sollte, uns der politisch-medialen Angstmacherei, dem Überwachungswahn, jedem Angriff auf die Bürgerrechte und jeder Kriegstreiberei zu widersetzen – auch und gerade in Zeiten grauenvoller Anschläge und verstärkter Terrorwarnungen in Deutschland und Europa.

Schließlich haben bereits die Anschläge in den USA vom 11.9.2001 und die darauf folgenden Reaktionen weltweit eine Gewaltwelle ausgelöst, die zu Krieg und Terror, Folter und Elend führte. Also zu gravierenden Menschen- und Völkerrechtsverletzungen – und zwar nicht allein durch die zahllosen Terrorakte, die wir seitdem erlebten, sondern – so eigentümlich es klingen mag – in weit größerem Maße durch die Art und Weise der Terrorbekämpfung – eines katastrophalen "Kriegs gegen den Terror", der zu teils dramatischen Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte in westlichen Demokratien führte und zu wahren Verwüstungen im Mittleren Osten. Welche Exzesse dieser terroraffine, ja seinerseits terroristische Antiterrorkampf gebiert, das zeigen etwa der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Irak und der mörderische US-Drohnenkrieg, das Folterprogramm der CIA und das Foltercamp Guantánamo sowie die illegale globale Massenüberwachung durch den US-Geheimdienst NSA unter Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes und anderer Geheimdienste.

In der Bundesrepublik bescherte uns seit 9/11 ein ausufernder Antiterrorkampf die umfangreichsten Sicherheitsgesetze, die in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte jemals auf einen Streich verabschiedet worden sind (2002).⁵ Polizei- und Geheimdienstbefugnisse wurden stark ausgeweitet, biometrische Daten in Ausweispapieren auf Funkchips gespeichert und Migranten, besonders Muslime unter ihnen, unter Generalverdacht gestellt und einer noch intensiveren Überwachung unterzogen. Tausende von Beschäftigten in "lebens- oder verteidigungswichtigen" Betrieben – etwa in Energie-Unternehmen, Krankenhäusern, pharmazeutischen Firmen, Bahn, Telekommunikationsbetrieben – werden geheimdienstlichen Sicherheitsüberprüfungen unterzogen und ausgeforscht. Und zum Teil nicht nur sie, sondern auch ihre Lebenspartner und ihr soziales Umfeld.

Seit diesen Gesetzesverschärfungen gab es kein Halten mehr: mehrere "Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetze" folgten mit verdachtsloser Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten, heimlicher Online-Durchsuchung von Computern mit Staatstrojanern, Antiterrorzentren und -dateien, die von Polizei und Geheimdiensten gemeinsam genutzt werden usw. usf.

Um hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich sind die Sicherheitsbehörden verpflichtet, Attentäter und Hintermänner von Anschlägen konsequent zu ermitteln und mit geeigneten – aber eben auch mit angemessenen – Maßnahmen für Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Gesetze mit tiefgreifenden Eingriffsbefugnissen gibt es dafür mehr als genug – Vollzugsdefizite leider auch, zumal die Polizei angesichts von Sparmaßnahmen und Personalmangel mit den ihr aufgebürdeten neuen Antiterror-Befugnissen längst überfordert ist.

Sicherheit ist ein wichtiges Anliegen – unbestritten. Doch das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung scheint tendenziell unersättlich, wobei Angstgefühle und reale Sicherheitslage gerade hierzulande weit auseinander fallen – denn Deutschland zählt immer noch zu den sichersten Ländern der Welt, wie selbst die Sicherheitsberichte des Bundesinnenministeriums eindrucksvoll belegen.⁶ Doch politische Hardliner haben schon in früheren Jahrzehnten eine recht populistische Sicherheitspolitik, oder besser: Verunsicherungspolitik betrieben – eine Politik, die nicht nur den aufgeputzten kleinbürgerlichen Angsthaushalt bediente, sondern mitunter gleich auch die passenden Feindbilder und Sündenböcke präsentierte. Waren es früher Kommunisten und die Gefahr aus dem Osten, später Linksextremisten, Terroristen und ihre Sympathisanten, so galten seit den 1990er Jahren als Bedrohungspotentiale vor allem "Organisierte Kriminelle" und "kriminelle Ausländer" – aber auch "Asylanten", Sinti und Roma, Drogenabhängige und aggressive Bettler, einfach Fremde, Ausgegrenzte und unliebsame Minderheiten, denen auch weite Teile der Bevölkerung mit Argwohn, ja offener Feindschaft begegnen. Inzwischen, nach 9/11, dominieren "islamistische Extremisten" und der "internationale Terrorismus" bis heute die Bedrohungslage, die von interessierter Seite schlicht mit "dem Islam", mit Muslimen und Migranten assoziiert wird. Solche gruppenspezifischen Gefahrenpotentiale, die durchaus einen realen Kern haben können, werden regelmäßig als populistische Legitimationen für weitere Grundrechtseingriffe und Nachrüstungsmaßnahmen genutzt – auch wenn die allerwenigsten taugen zur Bekämpfung einer selbstmörderischen, religiös aufgeladenen und hasserfüllten Gewalt von oft psychisch angeschlagenen Einzeltätern.

In solch angsterfüllten Zeiten fragt jedoch kaum jemand nach dem hohen Preis weiterer staatlicher Ausrüstung. Nur wenige erkennen, dass damit gerade jene viel beschworenen "westlichen Werte" beschädigt werden, die es doch zu schützen gilt: Demokratie, Rechtsstaat und Bürgerrechte, Freiheit, Offenheit und Rechtssicherheit. Außerdem gerät in Vergessenheit, dass es weder in einer hoch technisierten Risikogesellschaft, in der wir ja leben, noch in einer offenen

5) Vgl. dazu u.a. Gössner, Menschenrechte in Zeiten des Terrors, Hamburg 2007

6) Siehe u.a. http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/sicherheit_node.html

und liberalen Demokratie absoluten Schutz vor Gefahren und Gewalt geben kann. Selbst mit einem Polizei- und Überwachungsstaat wären solche heimtückisch-menschenfeindlichen Anschläge von Selbstmord-Attentätern auf "Weichziele" des Alltags nicht zu verhindern – im Gegenteil: mit einem solchen autoritären Polizeistaat hätten Angst, Willkür und Terror längst obsiegt. Die katastrophale Entwicklung des NATO-Staates und EU-Anwärters Türkei unter Recep Tayyip Erdogan ist hierfür trauriges Beispiel.

II. Verfassungswidrige Sicherheits- und Antiterror-Gesetze in Serie

Terror und Terrorangst stärken die Staatsgewalt und entwerten Freiheitsrechte – das hat sich seit 9/11 immer wieder deutlich gezeigt. Tatsächlich mussten Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in den vergangenen Jahren mehrfach maßlose Antiterror- und Sicherheitsgesetze ganz oder teilweise für verfassungswidrig erklären – ich erinnere nur an den Großen Lauschangriff, die präventive Telekommunikationsüberwachung, den Flugpass-Datentransfer an US-Sicherheitsbehörden, die Befugnis im Luftsicherheitsgesetz zum präventiven Abschuss eines entführten Passagierflugzeugs durch das Militär – eine staatliche Lizenz zur gezielten Tötung unschuldiger Menschen. Auch die exzessiven Rasterfahndungen nach "islamistischen Schläfern" sind für verfassungswidrig erklärt worden, ebenso die heimliche Online-Durchsuchung von PCs mit Staatstrojanern, präventive Terrorabwehrbefugnisse des Bundeskriminalamtes und die anlasslose Vorratspeicherung von Telekommunikationsdaten.⁷ Hiergegen hatte ich seinerzeit zusammen mit 35.000 Unterstützern Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht – und wir haben gewonnen: Die erste Vorratsdatenspeicherung ist für weitgehend verfassungswidrig erklärt worden und die Unmengen auf Vorrat gespeicherter Kommunikationsdaten mussten gelöscht werden. 2014 folgte der Europäische Gerichtshof und hat die zugrundeliegende EU-Richtlinie ebenfalls weitgehend für grundrechtswidrig erklärt.⁸

2015 ist mit Verweis auf die Anschläge in Paris die Vorratsdatenspeicherung in der Bundesrepublik abgewandelt wieder in Kraft gesetzt worden und wird nach wie vor als unverzichtbares Mittel zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gepriesen – obwohl doch gerade die Erfahrungen in Frankreich etwas anderes lehren: Dort wird die Vorratsdatenspeicherung zwar exzessiv genutzt, doch offensichtlich konnte auch damit keines der schweren Attentate verhindert werden; genauso wenig übrigens wie mit der polizei-

lichen und geheimdienstlichen Beobachtung, unter der die späteren Täter zumeist schon vor ihren Mordtaten gestanden hatten – wie überhaupt auffallend ist, dass die meisten Attentäter in Frankreich und anderswo zuvor bereits polizeibekannt waren und überwacht wurden.

Zurück zu der Serie verfassungswidriger Sicherheits- und Antiterror-Gesetze: Wie oft hatte ich im Laufe der Jahrzehnte als Sachverständiger in Bundestag und Landtagen vor der Verfassungswidrigkeit einzelner Gesetze oder Bestimmungen gewarnt, zumeist ohne Erfolg – und wurde erst Jahre später gerichtlich ganz oder teilweise bestätigt. Die Verfassungsgerichte rügen in all diesen Fällen, dass Regierungen und Parlamentsmehrheiten Grund- und Bürgerrechte, die Menschenwürde und den Kern privater Lebensgestaltung unhaltbaren Sicherheitsversprechen und einer vermeintlichen Sicherheit geopfert haben. Diese hohe Anzahl verfassungswidriger Gesetze dokumentiert letztlich ein bedenkliches, teilweise schon populistisch zu nennendes Verfassungsbewusstsein in der politischen Klasse – strenggenommen: ein Fall für den "Verfassungsschutz"

III. Neues Antiterror-Gesetzespaket 2016

Doch dieser Inlandsgeheimdienst ist offenbar anderweitig beschäftigt – jedenfalls geht diese Art von "Sicherheitspolitik" ungebremst und munter weiter: so etwa mit dem neuen Antiterror-Gesetzespaket, das der Bundestag im Sommer 2016 im Eiltempo mit den Stimmen der Großen Koalition verabschiedet hat.⁹

Nur drei Beispiele daraus:

1. Dem Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" wird ein enger Datenaustausch mit ausländischen Sicherheits- und Geheimdienstbehörden – insbesondere der EU- und NATO-Staaten sowie Israels – über mutmaßliche islamistische Terror-Verdächtige gesetzlich gestattet, und damit auch über deren mögliche Kontakt- oder Begleitpersonen; außerdem die Einrichtung gemeinsamer Dateien und Datenpools – wenn ein "erhebliches Sicherheitsinteresse" für die Bundesrepublik und die jeweils teilnehmenden Staaten besteht. Mit der so legalisierten grenzenlosen und kaum kontrollierbaren Geheimdienst-Kooperation ist eine neue Dimension und Eingriffsqualität verbunden – und zwar mit weitreichenden Folgen für das informationelle Selbstbestimmungsrecht betroffener Personen, über die auf diese Weise grenzüberschreitende Personen-, Bewegungs- und Kontaktprofile erstellt werden können. Hochproblematisch wird die Sache, wenn die Daten von einzelnen ausländischen Partnerdiensten, etwa des NATO-Mitglieds Türkei, menschenrechtswidrig erboltert worden sind,

7) <http://www.fr-online.de/politik/bnd-gesetz-verfassungswidrige-gesetze,1472596,34874820.html>

8) <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/vorratsdatenspeicherung-eugh-kippt-eu-richtlinie-a-963135.html>

9) Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, BT-Drucksache 18/8702 vom 7.6.2016; <https://netzpolitik.org/2016/grosse-koalition-winkt-anti-terror-gesetz-durch/>

oder wie in USA oder Großbritannien aus verfassungswidriger Massenüberwachung stammen; oder wenn die vom "Verfassungsschutz" übermittelten Daten etwa von den USA zu mörderischen Drohnenangriffen oder Folter missbraucht werden könnten – oder aber in der Türkei zur politischen Verfolgung missliebiger Gruppen und Personen.

Besonders prekär wird die Sache auch dadurch, dass inzwischen dem "Verfassungsschutz" unter erleichterten Bedingungen die stigmatisierende Erfassung und Speicherung von Daten minderjähriger Jugendlicher bereits ab 14 Jahren – statt bisher 16 – gestattet ist.

2. Der Bundespolizei wird eine der eingriffsintensivsten Datenerhebungsmethoden nun auch zur Gefahrenabwehr, also ohne Straftatverdacht, erlaubt: nämlich der Einsatz Verdeckter Ermittler. Das sind Polizeibeamte, die mit fingierten Namen, Lebensläufen und Ausweisen milieuangepasst in verdächtige Szenen oder Organisationen eingeschleust werden. Unter gewissen Bedingungen soll diesen polizeilichen Geheim- oder Under-Cover-Agenten – unter Ausnutzung von Vertrauensbeziehungen – auch das Betreten von Wohnungen gestattet sein sowie zum Zweck der Eigensicherung technische Maßnahmen zur akustischen und optischen Überwachung, sprich zu Lausch- und Spähangriffen in und aus Wohnungen. Die verfassungsrechtlich geschützte Unverletzlichkeit der Wohnung und der Privat- und Intimsphäre und damit der Schutz privater Lebensgestaltung aller hiervon betroffenen Personen – potentiell verdächtigen wie unverdächtigen – wird auf diese Weise praktisch ausgehebelt.

3. Um die anonyme Kommunikation zu verhindern, müssen Telekommunikationsanbieter künftig jeden Käufer von Prepaid-Handys bzw. SIM-Karten anhand des amtlichen Ausweises zweifelfrei identifizieren und alle persönlichen Daten speichern – anlasslos und verdachtsunabhängig. Die Betroffenen werden also wie potentiell Verdächtige behandelt. Doch auch damit können Anschläge wohl kaum verhindert werden, wie das Beispiel Frankreich zeigt, wo dieser Identifizierungszwang längst besteht.

Die Bundesregierung schmiedet indes noch weitere Pläne für 2017: so etwa die Schaffung einer zentralen Bundesbehörde namens ZITIS ("Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich"), in der Überwachungstechniken zur Internet-Kontrolle sowie Programme zur Entschlüsselung verschlüsselter Telekommunikation entwickelt werden sollen, die dann den Sicherheitsbehörden, also Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr, für Überwachungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.¹⁰ Das bedeutet den systematischen Angriff auf Verschlüsselungssysteme – und damit auf die Integrität und Vertraulichkeit digitaler Kommunikation, wie sie per Grundgesetz eigentlich geschützt werden soll.

Verfechter einer solchen Hochrüstung behaupten, nur so könne man die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Organisierte Kriminalität bekämpfen sowie Terroranschläge verhindern, was auch schon passiert sein soll – eine reichlich gewagte Behauptung, die schon aus Geheimhaltungsgründen kaum überprüfbar ist. Es ist jetzt schon zu bezweifeln, dass mit all diesen neuen Eingriffsmaßnahmen etwa mehr Sicherheit vor Gewalt, Amok und Terror geschaffen werden kann. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat sich jedenfalls gezeigt, dass es immer wieder Täter gibt, die sich von den bislang schon aufgetürmten Antiterror-Gesetzen und Sicherheitsmaßnahmen nicht abschrecken und aufhalten lassen. An der Wirksamkeit solcher Gesetze gibt es also berechtigte Zweifel, wohingegen deren verfassungs- und freiheitsschädigenden Auswirkungen sicher sind.



IV. Symptom- statt Ursachenbekämpfung – wie sich der Westen seine Feinde schafft

Da stellt sich dann doch die Frage, wo soll das alles enden? Können der moderne Terror und die zugrundeliegende menschenfeindliche Ideologie mit solchen eskalierenden Maßnahmen überhaupt wirksam bekämpft werden? Meine Antwort: nein – schon gar nicht, solange die Ursachen und Bedingungen von Gewalt und Terror nicht wahrgenommen, angegangen und bekämpft werden. Doch davon ist leider nur selten die Rede, zumindest in der offiziellen Politik, obwohl gerade hier dringend anzusetzen wäre. Schließlich spielt der Westen, spielen Europa, die NATO und die USA, eine desaströse Rolle gerade im Nahen und Mittleren Osten – mit Hunderttausenden toter Zivilisten allein seit 9/11. Dort wirft die "westliche Wertegemeinschaft" für eigene geopolitische, ökonomische und militärische Vorherrschaftsinteressen – oft genug getarnt als Terrorbekämpfung oder humanitäre Interventionen – systematisch die so hoch gehaltenen eigenen Werte über Bord. Mit ihren rohstoffsichernden

¹⁰ <https://www.datenschutzbeauftragter-info.de/geplante-sicherheitsbehoerde-zitis-in-der-kritik/>

Einmischungen, ausbeuterischen Handelsabkommen, verheerenden Wirtschaftssanktionen und Waffenexporten in Krisenregionen und an Diktaturen, mit völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und Kriegsverbrechen, mörderischem Drohnenbeschuss und Folter – mit all diesen imperialen Interventionen ist der Westen, auch die Bundesrepublik Deutschland, mitverantwortlich für die Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen, mitverantwortlich für Ausbeutung, Armut, Folter und Tod, für den Zerfall ganzer Staaten, letztlich auch für die Entstehung der IS-Terrormiliz – "made in USA", wie der Nahost-Experte Michael Lüders in seinem lesenswerten Buch "Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet" (München 2015) schreibt. Zugespielt formuliert: Mit dem "War on Terror", insbesondere im Irak und in Afghanistan, aber auch in Somalia, Jemen, Libyen, Pakistan und Syrien schuf der Westen wahre Terroristen-Rekrutierungsprojekte und züchtete sich seine eigenen Feinde heran.

Ende 2015 haben Ex-Drohnenpiloten das US-Drohnenprogramm als "eine der verheerendsten Triebfedern des Terrorismus und der Destabilisierung" bezeichnet¹¹ – ein Mord-Programm, das über Ramstein, also über Deutschland abgewickelt wird, das ohnehin längst integraler Bestandteil des US-"Kriegs gegen den Terror" geworden ist: Von Deutschland aus – insbesondere aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen – organisier(t)en die USA völkerrechtswidrige Kriegseinsätze, Entführungen, Folter und eben extralegale Hinrichtungen von Terrorverdächtigen per Drohneneinsatz. Die Bundesrepublik hat als NATO-Verbündeter am US-Krieg in Afghanistan teilgenommen und leistete logistische Hilfe im illegalen Krieg der USA und der "Koalition der Willigen" gegen den Irak (mit mehr als einer Million Toten); sie war und ist beteiligt an der westdominierten Destabilisierung Libyens, den verheerenden Wirtschaftssanktionen gegen die syrische Zivilbevölkerung (Waren- und Personenembargo der EU seit 2011, das maßgeblich zur Verarmung des Landes und zur Aushungerung der Bevölkerung beiträgt), an der massiven Waffenausrüstung des autoritär-korrupten Regimes Saudi-Arabiens und indirekt auch von nichtstaatlichen Kriegsparteien im Nahen und Mittleren Osten.¹²

Wer mit solchen (Anti-)Terrorkriegen und Regimechange-Interventionen, mit Rüstungsexporten, die Diktaturen und Terrormilizen nützen, sowie mit – vorwiegend die Zivilbevölkerung schädigenden – Sanktionen ganze Regionen zerstört und souveräne Staaten destabilisiert, erntet nicht etwa mehr Sicherheit, sondern früher oder später selbst Terror – auch bei sich zuhause in Europa und in den USA. In dieser ganzen westlichen Mitverursachung von Ausbeu-

tung, Krieg, Terror und Elend liegt auch die politische Mitverantwortung dafür, dass Millionen Menschen aus diesen Regionen in die Flucht getrieben werden: "Wir kommen zu Euch, weil Ihr unsere Länder zerstört." Diese herbe Einsicht und die koloniale und postkoloniale Vorgeschichte mitsamt den korrupten und autokratischen Nachfolge-Regimen gehören zum Verständnis der Flucht- und Terrorursachen, die es zu bekämpfen gilt.

Es wird also weder Fortschritt noch Frieden geben ohne Stopp von Kriegseinsätzen, des destruktiven Marktradikalismus und der exzessiven Waffenexporte – gerade auch aus Deutschland, wo sich die äußerst lukrativen Waffenexporte von 2014 auf 2015 verdoppelt haben und auch 2016 extrem hoch sind. Es wird keinen nachhaltigen Frieden geben ohne angemessenen Ausgleich für koloniale und postkoloniale Folgen und Schädigungen, ohne radikale Änderung der Wirtschafts- und Agrarpolitik, der ausbeuterischen Welthandels- und Rohstoffpolitik sowie der Umwelt- und Klimapolitik – und auch nicht ohne starke Hilfen zur Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Heimatländern der Geflüchteten und den Flüchtlingslagern. Schmutzige Flüchtlingsdeals wie mit der Türkei und "Migrationspartnerschaften" mit anderen autoritären Regimen bewirken das Gegenteil.¹³ Sie bekämpfen Flucht und Flüchtlinge – nicht etwa die Fluchtursachen.

V. Rassistischer Terror und die Verflechtungen des "Verfassungsschutzes" in Neonaziszenen

Ich komme zurück zu meiner Eingangsfrage, ob angesichts der neuen terroristischen Bedrohung in Europa und der Bundesrepublik womöglich meine staats- und geheimdienstkritischen Einlassungen revidiert werden müssten. Schließlich hat mich just für diese Kritik unser Inlandsgeheimdienst, der auf den euphemistischen Tarnnamen "Verfassungsschutz" hört, vier Jahrzehnte lang ununterbrochen geheimdienstlich überwacht. Einer seiner abstrusen Vorwürfe lautet: Ich würde damit die Sicherheitsorgane diffamieren und wolle den Staat wehrlos machen gegen seine inneren und äußeren Feinde. Nach einem fünfjährigen Prozess erklärte das Verwaltungsgericht Köln Anfang 2011 diese rekordverdächtige Dauerüberwachung von Anfang an für grundrechtswidrig. Nach weiteren fast fünf Jahren hat Ende 2015 das Oberverwaltungsgericht NRW die Berufung der Bundesregierung gegen dieses Urteil zugelassen – wegen "tatsächlicher und rechtlicher Schwierigkeiten der Rechtsache", so die Begründung.¹⁴ Das heißt: Wir gehen nach fast 40 Jahren Überwachung und 10 Jahren

11) www.spiegel.de/politik/ausland/drohnenkrieg-us-piloten-kritisieren-obama-in-offenem-brief-a-1063551.html ; <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-1/drohnen-piloten-offener-brief-obama>

12) Vgl. dazu u.a. den Schweizer Historiker Daniele Ganser, *Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren*, Zürich 2016 (2. Aufl.); Ganser im Interview: <http://www.nachdenkenseiten.de/?p=35408>

13) <https://www.proasyl.de/news/ein-fluechtlingsbekaempfung-deal-nach-dem-anderen-die-eu-und-ihre-migrationspartnerschaften/>

Verfahrensdauer, also nach einem halben Jahrhundert, in die nächste Runde – Ausgang und Ende ungewiss. Da können bis zur endgültigen Klärung leicht noch Jahre oder gar Jahrzehnte ins Land gehen. Eigentlich ein Fall für den Bundesrechnungshof – wegen Verschwendung öffentlicher Gelder.

Es war für mich schon mehr als erschreckend, mit welcher ideologischen Verbissenheit und Ausdauer dieser "Verfassungsschutz", neben anderen Linken und Antifaschisten, mich und meine Bürgerrechtsarbeit ununterbrochen über Jahrzehnte hinweg beobachtet hatte, während sich *andererseits* Neonazis und rechter Terror fast unbehelligt entwickeln, ihre Blutspur durch die Republik ziehen und zehn Menschen ermorden konnten. Hinzukommen jene fast 200 Menschen, die seit 1990 von anderen rassistisch und fremdenfeindlich eingestellten Tätern umgebracht worden sind. Und nach dem Münchner Amoklauf vom Juli 2016 müssen wir neun weitere Tote hinzurechnen, war doch der Täter, nach allem, was man weiß, ein nationalistisch-rassistischer Hitler- und Breivik-Verehrer, der es auf Menschen mit Migrationshintergrund abgesehen hatte.

Gegenüber dem "islamistischen" Terror gerät der alltägliche rassistische Terror allmählich aus dem medialen Blick: Doch die Terrorangriffe gegen Asylbewerber und andere Flüchtlinge gehen weiter und die Täter sind mitten unter uns. Vermehrt brennen Flüchtlingsheime, die rassistischen Übergriffe nehmen zu – und zwar mehr und mehr aus der Mitte der Gesellschaft heraus: Nach Angaben des Bundeskriminalamtes kam es 2015 zu fast 1.500 rechten Gewalttaten, darunter über 1.000 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sowie Übergriffe auf Flüchtlinge (= 5mal mehr als 2014; 2016 bis Sept. fast 800 rassistische Angriffe),¹⁵ wobei die Aufklärungsquote auffallend niedrig ist; hinzu kommen fast 23.000 rechtsextreme Straftaten in 2015 = 35 Prozent mehr als 2014).¹⁶

Die langjährige Nichtaufklärung der NSU-Mordserie und die Ausblendung ihres rassistischen Hintergrunds sind Belege dafür, dass der "Verfassungsschutz", aber auch die Polizei im Bereich "Rechtsextremismus/Neonazismus" grandios versagt haben. Das waren nicht nur Pannen, nein, da waren ideologische Scheuklappen und institutioneller Rassismus im Spiel, die zu Ignoranz und systematischer Verharmlosung des Nazispektrums führten. Der "Verfassungsschutz" war, wie wir inzwischen wissen, mit vielen seiner V-Leute hautnah dran an den mutmaßlichen Mördern, ihren Kontaktpersonen und Unterstützern; sie mordeten quasi unter staatlicher Aufsicht. Trotzdem –

oder muss man sagen: deswegen? – will der Geheimdienst in Bund und Ländern so gut wie nichts mitbekommen haben, hat er die NSU-Mordserie über Jahre hinweg weder verhindern noch zu seiner Aufdeckung beitragen können.¹⁷

Das Erschreckendste, was ich bei den Recherchen zu meinem Buch "Geheime Informanten" (München 2003; akt. Neuaufl. 2012 als ebook)¹⁸ erfahren musste, ist, dass der "Verfassungsschutz" (VS) seine kriminellen V-Leute oft genug deckt und systematisch gegen polizeiliche Ermittlungen abschirmt, um sie vor Enttarnung zu schützen ("Quellenschutz") und weiter abschöpfen zu können – anstatt sie sofort abzuschalten. So war es auch im Umfeld des NSU. Das ist Strafvereitelung im Amt oder psychische Unterstützung und Beihilfe zu Straftaten – doch die VS-Verantwortlichen sind dafür nie zur Rechenschaft gezogen worden, selbst wenn Unbeteiligte schwer geschädigt wurden.

Zusammenfassend kann man sagen: Über sein kriminelles und unkontrollierbares V-Leute-System verstrickt sich der "Verfassungsschutz" heillos in kriminelle und auch mörderische Machenschaften der Nazisenen. Letztlich hat er diese Szenen mitfinanziert, rassistisch geprägt, gegen polizeiliche Ermittlungen geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwächen. Auf diese Weise, so mein Fazit, ist er selbst Teil des Neonazi-Problems geworden, konnte jedenfalls zu dessen Lösung kaum etwas beitragen.

Wie schwer sich Geheimdienste, ihre Aktivitäten und ihr V-Leute-System kontrollieren lassen, das zeigen die verzweifelten und oft vergeblichen Versuche, NSU- und VS-Skandale – ebenso wie NSA- und BND-Skandale – parlamentarisch und gerichtlich aufzuarbeiten. Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse hatten bei ihren Aufklärungsversuchen mit massiven Informationsblockaden und Urkundenunterdrückungen zu kämpfen – erinnert sei nur an die Aktenschredderaktionen im Bundesamt oder im Berliner "Verfassungsschutz". Das Geheimhaltungssystem des "Verfassungsschutzes" zum Schutz seiner Informanten, V-Leute und Praktiken geht über alles – womöglich gar über die Verhütung und Aufklärung von Verbrechen, wie nicht allein der Fall Andreas Temme, alias "Klein Adolf", nahelegt. Regelmäßig blicken die Kontrolleure in unglaubliche Abgründe eines skrupellosen Vertuschungssystems und einer organisierten Verantwortungslosigkeit. Entsprechend vernichtend fällt parteiübergreifend ihr Urteil aus: "*historisch beispielloses Behörden- und Staatsversagen*". Die Tragweite der

14) hpd, Verfahren des Bürgerrechtlers Rolf Gössner wird neu verhandelt. Zehn Jahre ohne Rechtssicherheit, humanistischer pressedienst hpd - 5.11.2015: <http://hpd.de/artikel/12375>, Anwalt Udo Kauß: www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22231 ; <https://www.jungewelt.de/2015/11-05/016.php>

15) <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/rechte-gewalt-straftaten-fluechtlingsunterkuenfte-bka>

16) Joswig/Litschko, "Eine bedrohliche Entwicklung". So viel rechte Gewalt in Deutschland wie seit 15 Jahren nicht mehr, in: taz 24.5.16; Doppelt so viel fremdenfeindliche Gewalt, in: Frankfurter Rundschau v. 29.6.16, S. 6.

17) Vgl. u.a. Aust/Laabs, Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014; Förster (Hg.), Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur, Tübingen 2014; Funke, Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung, Münster 2015.

18) Gössner, Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Neonazis im Dienst des Staates, e-book bei Droemer-Knaur, München 2012 (akt. Neuaufl.). Direktlink: <http://amzn.to/HQcOUZ>

Verstrickungen, des Versagens und Vertuschens ist bislang genauso wenig voll aufgeklärt wie die daraus resultierenden Schädigungen des demokratischen Rechtsstaats. Auf der Anklagebank des Oberlandesgerichts München müssten jedenfalls weit mehr Angeklagte sitzen als Zschäpe, Wohlleben & Co.

VI. Trotz Skandalgeschichten, Versagens und Vertuschens: keine ernsthaften Konsequenzen

Es bleibt also auch in Zeiten des Terrors dabei: Geheimdienstkritik tut weiterhin Not! Mehr denn je. Doch ausgerechnet solche dubiosen, partiell blinden und letztlich demokratiewidrigen Geheimdienste erhalten nach den neueren Terroranschlägen – geschichtsvergessen muss man sagen – wieder unverdienten Auftrieb, werden abermals aufgerüstet und massenüberwachungstauglicher gemacht, anstatt die Bevölkerung endlich vor ihren klandestinen Ausforschungen und Vertuschungen wirksam zu schützen.¹⁹

Statt also ernsthafte Konsequenzen aus diesen skandalreichen Karrieren und den vielfältigen Desastern zu ziehen, werden die Geheimdienste "Verfassungsschutz" und "Bundesnachrichtendienst" über Haushaltszuwendungen und Gesetzesnovellen noch weiter personell, finanziell und technologisch aufgerüstet, stärker zentralisiert, mit Polizei und ausländischen Sicherheitsbehörden vernetzt. Der "Verfassungsschutz" darf sich inzwischen auch ganz legal krimineller V-Leute bedienen; und er soll, wie auch der BND, soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter & Co. anlasslos und systematisch ausforschen dürfen.

Nachdem der "Verfassungsschutz" bereits zuvor neue gesetzliche Befugnisse erhielt, sind im Oktober 2016 – gegen starke öffentliche Proteste – auch die Kompetenzen des BND erheblich ausgeweitet worden.²⁰ Danach erhält der BND unter bestimmten Bedingungen die gesetzliche Befugnis, den Telefon- und Datenverkehr von Ausländern im Ausland – auch über inländische Infrastrukturen – zu überwachen. Schon

bisher darf der BND den Kommunikations- und Datenverkehr zwischen Deutschland und Ausland nach bestimmten Suchbegriffen kontrollieren ("Strategische Kontrolle"). Das neue Gesetz erlaubt dem Auslandsgeheimdienst unter gewissen Voraussetzungen sogar die Überwachung innerhalb Deutschlands sowie von EU-Einrichtungen, EU-Staaten und EU-Bürgern im Ausland, darüber hinaus den massenhaften Austausch von abgefangenen Daten mit anderen Staaten auf Grundlage geheimer Kooperationsabkommen. Vertrauensverhältnisse von Berufsgeheimnisträgern wie Anwälten, Ärzten, Journalisten sind dabei nicht geschützt.

Angesichts der jüngeren Geheimdienst-Skandale sind solche Legalbefugnisse geradezu grotesk, weil sie Privatsphäre und Datenschutz noch weiter aushebeln. Mit solchen "Reformen" erhalten einstige Skandale kurzerhand Gesetzeskraft, werden also legalisiert und dabei nur geringfügig eingegrenzt. Und dies, obwohl doch Geheimdienste strenggenommen Fremdkörper sind in der Demokratie. Warum? Weil solche Institutionen, die Verfassung und Demokratie schützen sollen, selbst demokratischen Prinzipien der Transparenz und Kontrollierbarkeit widersprechen. Die reguläre parlamentarische Kontrolle von Geheimdiensten erfolgt im Geheimen, also wenig demokratisch; und Gerichtsprozesse, in denen etwa V-Leute eine Rolle spielen, werden tendenziell zu Geheim-Verfahren, in denen Akten manipuliert und geschwärzt sowie Zeugen ganz oder teilweise gesperrt werden. Dieses Verdunkelungssystem frisst sich weit hinein in Justiz und Parlamente, die Geheimdienste kontrollieren sollen – und zumeist daran scheitern. Rechtsstaatlichkeit sieht jedenfalls anders aus.

Deshalb neigen Geheimdienste auch in Demokratien zu Verselbständigung, Machtmissbrauch und Willkür, wie ihre Geschichte und Praxis so deutlich zeigen. NSU-Skandal, Massenüberwachungen und illegale Regierungs- und Wirtschaftsspionage durch NSA und BND sind neuere Belege für diesen alten Trend zum Staat im Staate. Die skizzierten Aufrüstungsreformen verschärfen das fundamentale und strukturelle Problem von Geheimdiensten in einer Demokratie noch erheblich. Denn mit den erweiterten technologischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters werden diese schwer kontrollierbaren Geheimsysteme befähigt, Gesellschaft und Demokratie auf immer aggressivere Weise zu durchdringen und zu unterminieren.

Um es überspitzt zu formulieren: So widersprüchlich, ja widersinnig es ist, etwa mit Staatsterror Terrorismus bekämpfen oder mit Waffenexporten Krieg verhindern oder mit dem Abbau von Freiheitsrechten Freiheit sichern zu wollen, so widersprüchlich ist es, mit demokratiewidrigen Geheimdiensten Demokratie und Verfassung schützen zu wollen. Wer also solche



19) össner, Neue Tarnung: Verfassungsschutz" als Dienstleister der Demokratie, in: Grundrechte-Report 2015, Frankfurt/M. 2015, S. 166 ff.;

www.tagesschau.de/inland/bnd-gesetz-reform-101.html

20) <http://www.tagesschau.de/inland/bnd-gesetz-reform-101.html>

Geheimdienste weiter aufrüstet, statt sie rechtsstaatlich wirksam zu zügeln, schädigt Demokratie, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit. Da letztlich aber keine Reform das systembedingte Problem von Geheimdiensten in einer Demokratie wirklich lösen kann, solange Geheimschubstanz und unkontrollierbares V-Leute-Unwesen unangetastet bleiben, besteht die einzig funktionierende demokratische Kontrolle von Geheimdiensten darin, diesen undurchsichtigen und übergreifenden Überwachungs- und Datenkraken das klandestine Handwerk zu legen.

Deshalb fordern namhafte Bürgerrechtsorganisationen wie *Humanistische Union*, *Internationale Liga für Menschenrechte* und *Digitalcourage* folgerichtig eine sozialverträgliche Auflösung des "Verfassungsschutzes" als Geheimdienst – eine Forderung, die nicht etwa das Grundgesetz und auch keine Landesverfassung entgegensteht, denn danach muss der "Verfassungsschutz" keineswegs als Geheimdienst ausgestaltet sein.²¹ Geht es um Gewaltorientierung bestimmter Gruppen und Personen, um die Abwehr konkreter Gefahren und die Aufklärung von Straftaten, dann sind ohnehin Polizei und Justiz zuständig.

VII. Neue Sicherheitsarchitektur: Da wächst zusammen, was nicht zusammengehört

Verstärkt nach 9/11 und im Zuge der skizzierten Antiterrorpolitik erleben wir gerade in Deutschland einen gehörigen Wandel im nationalen Staatsverständnis: einen Wandel vom eingehegten demokratischen Rechtsstaat zum bisherige Grenzen überschreitenden Sicherheits- und Präventionsstaat, in dem die Eingriffsschwellen immer mehr herabgesenkt werden. Dabei dreht sich der moderne Sicherheitsdiskurs längst nicht mehr allein um Gesetzesverschärfungen, Einzelmaßnahmen und die Aufrüstung einzelner Institutionen – die Rede ist vielmehr von einer neuen Sicherheitsarchitektur, also von einer Strukturveränderung im Staatsgefüge, die notwendig sei, so heißt es von Seiten der herrschenden Sicherheitspolitik, um die neuen Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamistischen Extremismus, organisierte Kriminalität und asymmetrische Angriffe bewältigen zu können. Es geht dabei im Kern um zwei Strukturveränderungen mit entgrenzender Wirkung, die man hierzulande auch als Tabubrüche bezeichnen kann, weil sie nicht zuletzt auf dem Hintergrund deutscher Geschichte von Bedeutung sind.²²

Erster Tabubruch: Zum einen erleben wir eine zunehmende Vernetzung und Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten – entgegen dem verfassungskräftigen Gebot der Trennung dieser beiden Sicherheitsorgane. Immerhin eine bedeutsame Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit dem Reichssicherheitshauptamt und der Gestapo der Nazizeit, die allumfassend sowohl geheimdienstlich als auch exekutiv-vollziehend tätig waren. Mit dem sogenannten Trennungsgesetz, das auf dem Polizeibrief der Westalliierten von 1949 basiert,²³ sollten ursprünglich in Westdeutschland eine neue Geheimpolizei sowie eine unkontrollierbare Machtkonzentration der Sicherheitsapparate verhindert werden – eine Konsequenz, die im Laufe der Jahrzehnte immer mehr ausgehebelt wurde.

Einige Stichworte für diese Entwicklung: gemeinsame Lagezentren zur Terrorabwehr und gemeinsame Antiterrordatei, geheimpolizeilicher Umbau des Bundeskriminalamtes mit geheimen Präventivbefugnissen zur Gefahrenabwehr, dem das Bundesverfassungsgericht inzwischen in Teilen Verfassungswidrigkeit bescheinigt hat. Im *Nationalen Cyber-Abwehrzentrum* zur Abwehr elektronischer Angriffe auf kritische IT-Infrastrukturen kooperieren Bundeskriminalamt, Bundespolizei, BND, "Verfassungsschutz", Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und auch die Bundeswehr.

Mit der Vernetzung und Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten wächst mehr und mehr zusammen, was nicht zusammengehört, wird eine elementare Lehre aus der deutschen Geschichte weitgehend entsorgt – mit der Folge einer fatalen Machtkonzentration der Sicherheitsbehörden, die sich auch deswegen immer schwerer demokratisch kontrollieren lassen.

Zweiter Tabubruch: Schon seit Jahren erleben wir nicht allein eine Militarisierung der Außenpolitik, sondern auch der "Inneren Sicherheit", in deren Mittelpunkt der Einsatz der Bundeswehr im Inland steht, der längst schon begonnen hat²⁴ und der noch ausgeweitet werden soll – obwohl Polizei und Militär, ihre Aufgaben, Befugnisse und Ausrüstungen aus historischen Gründen sowie nach der Verfassung strikt zu trennen sind, so dass ein Kooperationseinsatz im Inneren ursprünglich nur als Ultima-Ratio zulässig sein sollte.²⁵

Nachdem die Bundeswehr bereits im Rahmen der NATO-Allianz von einer Landesverteidigungsarmee²⁶ zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee

21) Humanistische Union / Internationale Liga für Menschenrechte / BAG Kritische Juragruppen (Hg.), "Brauchen wir den Verfassungsschutz? Nein!" Memorandum, Berlin/Norderstedt 2013, erarbeitet von Rolf Gössner, Johann-A. Haupt, Udo. Kauß, Till Müller-Heidelberg, Thomas v. Zabern. Direktlink zur Broschüre: http://www.verfassung-schuetzen.de/wp-content/uploads/2013/09/HU2013_Memo-VS.pdf

22) Siehe zu diesem Komplex: Gössner, Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand? In: Stuart Price, Fesseln spürt, wer sich bewegt, Hamburg 2012, S. 33 ff.

23) <https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeibrief>

24) Tatsächlich konnte sich die Bevölkerung an solche heimischen Militäreinsätze der Bundeswehr in der Vergangenheit schon mal gewöhnen - bereits die Fußball-WM, G-8- oder NATO-Gipfel dienten dafür als Exerzierfeld, um diesem Paradigmenwechsel jede Anstößigkeit zu nehmen. Beim G-8-Gipfel-Einsatz 2007 in Heiligendamm kamen angesichts massiver Gegen-Demonstrationen selbst Bundeswehr-Tornados, Aufklärungsflugzeuge sowie Späh- und Spürpanzer zum Einsatz.

25) Ausführlicher zu diesem Teil: Gössner, Informationskrieg der Geheimdienste. Militarisierung der Inneren Sicherheit", in: Bauer (Hg.), Kriege im 21. Jahrhundert, Annweiler 2015, S. 119 ff. (130 ff.)

transformiert worden ist, soll sie künftig selbst in Friedenszeiten – also ohne militärischen Angriff von außen – auch flexibler im Innern des Landes eingesetzt werden, wie der aktuelle Antiterror-Diskurs wieder unmissverständlich zeigt. Und zwar nicht nur im bereits zulässigen Fall von Katastrophen und schweren Unglücken, nicht nur im erklärten Spannungs- oder Notstandsfall nach den umstrittenen Notstandsgesetzen (gem. Art. 87a Abs. 3 GG), nicht nur zur technischen Amtshilfe für die Polizei (nach Art. 35 GG), sondern als nationale Sicherheitsreserve im Inland, quasi als Hilfspolizei mit eigenen hoheitlichen Kompetenzen und militärischen Mitteln. So etwa auch zur Terrorabwehr bei "terroristischen Großlagen", immerhin einer klassischen Aufgabe der Polizei. Nachdem die Bundeswehr während des Münchner Amoklaufs bereits in Alarmbereitschaft versetzt worden war, soll sie Anfang 2017 auch noch zusammen mit Bundes- und Länderpolizeien gemeinsame Manöver durchführen, um "terroristische Großlagen" zu trainieren und zu bewältigen.²⁷

Demgegenüber ist allerdings klar und deutlich festzuhalten: "Innere Sicherheit", Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind klassische Aufgaben der Polizei und nicht der Bundeswehr. Soldaten sind keine Hilfspolizisten, sie sind nicht für polizeiliche Aufgaben nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, sondern zum Kriegführen ausgebildet und mit Kriegswaffen ausgerüstet; und sie sind auch nicht dafür da, personelle Defizite bei der Polizei auszugleichen, die es aufgrund von Einsparmaßnahmen tatsächlich gibt. So sieht die Gewerkschaft der Polizei (GdP im DGB) in den geplanten gemeinsamen Manövern von Polizei und Bundeswehr den Versuch, originäre polizeiliche Aufgaben in militärische Hand zu geben, obwohl – wie die jüngsten Anschläge zeigten – die Polizei mit ihren regulären Einsatzkräften, mit Spezialeinsatzkommandos und Kompetenzen, die jeweilige Lage bewältigt habe.²⁸

Die schleichende Entgrenzung des Militärs und des Militärischen vollzog und vollzieht sich in mehreren Etappen. Dafür stehen u.a. folgende vier Wegmarken:

1. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat 2012 den Bundeswehreininsatz im Innern zur Gefahrenabwehr auch schon unterhalb der Notstandsschwelle für grundgesetzkonform erklärt: Militäreinsätze im Inland sollen danach auch in "Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes" – also etwa bei schwe-

ren Terrorangriffen im Inland – erlaubt sein, und zwar auch mit militärischen Kampfmitteln.²⁹ Damit hat das Gericht nicht nur ein Tabu gebrochen, sondern sich nach Auffassung mancher Verfassungsrechtler praktisch als Gesetzgeber geriert und die Verfassung nicht nur interpretiert, sondern geändert – unter Umgehung der für Verfassungsänderungen erforderlichen Hürde einer Zweidrittelmehrheit des Bundestags. In seinem Minderheitsvotum hat Verfassungsrichter Reinhard Gaier moniert: Eine solche Verfassungsumdeutung stehe dem Gericht nicht zu; es müsse vielmehr stets berücksichtigt werden, "dass der Einsatz von Streitkräften im Inneren mit besonderen Gefahren für Demokratie und Freiheit verbunden ist" und "die Streitkräfte niemals als innenpolitisches Machtinstrument" mit militärischen Waffen eingesetzt werden dürften. Nun ist genau das prinzipiell möglich.

2. Die EU entwickelt sich in "Strategischer Partnerschaft" zum verlängerten "Kriegsarm" der NATO, aber auch parallel dazu und in Abgrenzung zu den USA in Richtung eines eigenen Militärbündnisses – mit Kurs auf weltweite Kriseninterventions- und Out-of-area-Einsätze, auch zur militärischen Sicherung europäischer (Wirtschafts-) Interessen. Mit dem EU-Vertrag von Lissabon verpflichten sich die Mitgliedstaaten zur schrittweisen Aufrüstung ihrer Armeen – ein einzigartiger Vorgang in der europäischen Verfassungsgeschichte. Die Solidaritätsklausel dieses Vertrags erlaubt gegenseitige Militäreinsätze auch bei Katastrophen und zur (präventiven) Terrorabwehr im Hoheitsgebiet von EU-Staaten. Nach den Terroranschlägen in Frankreich rief die Regierung bekanntlich den (mehrmals verlängerten) Ausnahmezustand aus und aktivierte die Beistands- und Hilfsverpflichtung gemäß EU-Vertrag. Übrigens: Legt man die weite Terrorismus-Definition der EU zugrunde,³⁰ dann können hierunter neben *urban violence* selbst Streiks und Blockaden fallen, sobald diese kritische Infrastrukturen gefährden, wie Versorgungseinrichtungen, Telekommunikationsnetze, Behörden, Konzerne oder Banken. Als Katastrophe gilt im Übrigen "jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann."³¹

3. Liest man das Weißbuch 2016 des Verteidigungsministeriums,³² das im Kontext mit EU und NATO die künftige Ausrichtung der Bundeswehr festlegt, so wird deutlich, dass es sich um ein Dokument der

26) gem. Art. 87a Abs. 1 GG

27) Schon bislang gibt es sog. LÜKEX-Katastrophenschutzübungen (Länderübergreifende Krisenmanagementübung) unter Beteiligung von Militär, THW, Polizei und weiteren Institutionen des Bundes und der Länder; <https://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%9CKEX>

28) <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.gewerkschaft-der-polizei-kritik-an-gemeinsamer-terrorfall-uebung-mit-bundeswehr.1a751440-2816-4101-ac87-62ab80eb805a.html>

29) gem. Art. 35 Abs. 2, 3 GG; BVerfGE v. 3.7.2012. Kritisch dazu: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Krieg beginnt hier. Zur Militarisierung der Bundesrepublik nach Außen und Innen, Köln Mai 2013, S. 22 f. Siehe auch Minderheitenvotum des Bundesverfassungsrichters Reinhard Gaier in: Wissenschaft & Frieden 4/2013, S. 49 ff.

30) Dazu: Gössner, Menschenrechte in Zeiten des Terrors, Hamburg 2007, S. 35 m.w.N.

31) Lt. Papier der EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton; zit. n. Denis Krassnin, Europäische Regierungen bereiten die militärische Niederschlagung von Aufständen vor, in: wsws.org vom 9. Juli 2014; Aureliana Sorrento, Zukunftsvision: Militarisierung für den Wohlstand, Dossier im Deutschlandfunk vom 20.6.2014.

Aufrüstung und Militarisierung nach außen und nach innen handelt. Danach sollen Auslandseinsätze der Bundeswehr zur militärischen Krisenbewältigung und für geostrategische Interessen flexibler und vermehrt möglich sein – wie es heißt, wegen der "gewachsenen globalen Verantwortung" und "sicherheitspolitischen Verpflichtung Deutschlands in der Welt". Ein klarer Verstoß gegen das völkerrechtskonforme Verteidigungskonzept, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende des Kalten Krieges für Europa, NATO und Bundesrepublik zumindest prinzipiell gegolten hat.

Zum anderen gilt laut Weißbuch der Militäreinsatz im Innern zur Abwehr von Terror und "hybriden Bedrohungen" unterhalb der Landesverteidigungsschwelle und mit hoheitlichen Zwangsbefugnissen als verfassungsrechtlich abgesichert (mit Verweis auf das o.g. BVerfG-Urteil von 2012). Dabei verweisen flexibilisierte Militärinterventionen sowohl nach außen als auch im Innern auf einen fatalen Zusammenhang: Je mehr sich deutsche und EU-Außenpolitik an Militäreinsätzen weltweit beteiligt und EU-Staaten durch Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete als Kriegsparteien wahrgenommen werden, desto größer wird auch die Gefahr von Terroranschlägen gegen die beteiligten Staaten. Das heißt: Die Regierungen wappnen sich gegen mögliche Reaktionen auf ihre eigene Außen- und Kriegspolitik mit Militäreinsätzen im Innern. Kollateralschäden an der Heimatfront inbegriffen.

4. Längst gibt es eine ausbaufähige Heimatschutz-Struktur nach dem Konzept der sog. "Zivil-Militärischen Zusammenarbeit" (ZMZ), wie sie in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011* (S. 15) der Bundesregierung als "gesamstaatliche Aufgabe" definiert wird.³³ Das Rückgrat der ZMZ bilden die über das gesamte Bundesgebiet verteilten derzeit 30 "Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte" (RSU-Kräfte), die aus insgesamt etwa 3.000 – von insgesamt 642.000 – Bundeswehr-Reservisten bestehen.³⁴ Nach dem *Weißbuch* bilden Reservisten "einen wesentlichen Bestandteil der nationalen Sicherheitsvorsorge und unterstützen die Bundeswehr mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten auch in Einsätzen. Zugleich wirken sie als Multiplikatoren und Mittler in die Gesellschaft hinein". Angestrebt wird eine "Durchlässigkeit zwischen Bundeswehr, Gesellschaft und Wirtschaft". Die RSU-Kräfte können im Ernstfall mobilisiert, bewaffnet und eingesetzt werden – unter anderem zu Hilfsleistungen bei Katastrophen und Großunglücken, zur Sicherung militärischer Anlagen, im Rahmen der Amtshilfe zur Unterstützung der Polizei zum Schutz ziviler Objekte oder beim "Inneren Notstand",

also bei der Bekämpfung innerer Unruhen oder "organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer" nach Art. 87a Abs. 2 und 4 GG.

Zu den Aufgaben der RSU-Kräfte gehört auch der "Schutz von lebenswichtiger Infrastruktur im Inland" – also von Versorgungsbetrieben, Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das Gemeinwesen und staatlichen Institutionen jeglicher Art, "bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung", so heißt es, "nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden".³⁵ Danach könnten womöglich auch wilde Streiks oder Blockaden gegen wirtschaftlich oder sicherheitspolitisch sensible kommerzielle oder staatliche Einrichtungen zivil-militärisch bekämpft werden.

Mit dieser Heimatschutz-Infrastruktur eines "vernetzten Sicherheitsansatzes", die das ganze Land überzieht, rückt die Bundeswehr erheblich näher an die zivilen Behörden, auch an die Polizei, heran, durchdringt zahlreiche gesellschaftliche Bereiche des öffentlichen Lebens und wird zu einer "militärischen Parallelorganisation zum zivilen Krisenmanagement".³⁶ Mit der Folge einer Vermischung ziviler und militärischer Bereiche, unklarer Zuständigkeiten, einer schleichenden Militarisierung des Katastrophenschutzes, die sich auch auf weitere zivile Strukturen wie Rettungsdienste, Krankenhäuser oder Forschungseinrichtungen auswirken kann. Aus pazifistischer Sicht eine problematische Entwicklung – wenn auch anerkannt werden muss, dass die Bundeswehr in zivil-militärischer Zusammenarbeit im Rahmen der Amtshilfe bei Naturkatastrophen, wie der Flutkatastrophe von 2013, schon Hervorragendes geleistet hat.

Fazit: Mit der inneren Aufrüstung und der Entgrenzung des Militärischen droht der demokratische Rechtsstaat zu einem präventiv-autoritären Sicherheitsstaat zu werden – einem nur noch schwer kontrollierbaren Staat im permanenten Ausnahmezustand, in dem der Mensch zum Sicherheitsrisiko mutiert, in dem Rechtssicherheit und Vertrauen der Bürger mehr und mehr verloren gehen. Insgesamt gesehen gibt es eine fatale Tendenz dieser Art von Sicherheitspolitik und Antiterrorkampf, den Rechtsstaat radikal umzubauen, die verfassungsrechtlichen Grenzen zwischen Polizei und Geheimdiensten zu schleifen, die Grenzen zwischen Innerer Sicherheit und Außenpolitik, zwischen Verteidigung und Intervention, Militär und Polizei zu verwischen sowie beide Bereiche zu militarisieren – kurz: das Instrumentarium des Ausnahmezustands zu normalisieren und zu schärfen.

32) Weißbuch 2016 des Bundesverteidigungsministeriums: https://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzIzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY5NzE3MzMDNzc2YyMzcyMDIwMjAyMDIw/Weissbuch2016_barrierefrei.pdf

33) Verteidigungspolitische Richtlinien 2011 des Bundesverteidigungsministeriums; https://www.bmvg.de/porta/a/bmvg/!ut/p/c4/LYsEoAgDATf4gdlib-cv1MYBzcQbMDgQ8ftSONtssUsrddQ3iDdk9YImWnaM4XXhaulq9pPlYbB65wRddF6FQzZ2R47PxdqtcTHGAXIU_q72by9tgQFK91xGj6tRgx1/

34) Siehe Pilz, in: *Friedensforum* 5/2013, S. 17 f

35) So die Bundesregierung, *Bundestagsdrucks.* 17/13384, S. 4.

36) Pütter, in: *Bürgerrechte & Polizei* Nr. 2/2008, S. 39

Spätestens hier stellt sich die Frage: Soll der Staat mit diesem forcierten Umbau und der Anhäufung von Kontroll- und Repressionsinstrumenten auf Vorrat womöglich nicht nur vor Gewalt und Terror, vor Katastrophen und Unglücken geschützt werden? Wappnen sich Staat und EU in Wirklichkeit nicht nur gegen kriegerische Angriffe von außen, sondern vorsorglich auch (zivil-)militärisch gegen mögliche soziale Unruhen und militante Aufstände im Innern sowie gegen unkontrollierte Migrationsbewegungen – gerade in Zeiten verschärfter ökonomisch-sozialer Krisen, in Zeiten starker sozialer Spaltung und Spannungen in Deutschland und Europa. Einem Europa übrigens, dem noch eine weit tiefere soziale Spaltung droht, wie die Hilfsorganisation "Oxfam" festgestellt hat?³⁷

VIII. Beispiel Schnöggersburg: Aufstandsbekämpfungstraining im urbanen Raum

Angesichts solcher Entwicklungen und Probleme in Europa und in Deutschland sehen mehrere Studien politischer Think-Tanks in urbanen Auseinandersetzungen die "Zukunft der Kriegsführung": "Die Kriege der Zukunft werden Kriege in urbanen Ballungsräumen sein... Es werden 'asymmetrische' Kriege sein, die nicht gegen Heere, sondern gegen Terroristen und Aufständische geführt werden".³⁸

Tatsächlich trainieren Bundeswehrosoldaten für ihre militärischen Interventionen auch Aufstandsbekämpfung, also die Niederschlagung sozialer Unruhen und militanter Aufstände, sowie den "asymmetrischen Krieg" realitätsnah in urbanen Räumen – so etwa in Israel den Häuser- und Tunnelkampf in einer künstlichen Wüstenstadt ("Baladia-City")³⁹ oder (demnächst) im 1 Mrd. Euro teuren Gefechtsübungszentrum des Heeres (GÜZ) in Sachsen-Anhalt, auf dessen Gelände eine sechs Quadratkilometer große und über 140 Millionen Euro teure Übungsstadt namens "Schnöggersburg" aufgebaut wird.⁴⁰ Hier in der Colbitz-Letzlinger Heide entsteht Europas größte militärische Übungs- und Kampfstadt unter Regie des Rüstungskonzerns Rheinmetall: ein "urbaner Ballungsraum" mit 520 Gebäuden, einer Altstadt und Hochhausiedlung, einem Regierungs- und einem Elendsviertel, mit Industriegebiet und Bahnstation, Flughafens, Straßen, U-Bahn-Tunnel und Kanalisation, mit Moschee, Stadion und Stadtpark mit Fluss und Brücken – also eine typische Infrastruktur moderner europäischer Metropolen, dort, wo sich soziale Konfliktlagen zusammenballen und entladen können. Nach der Fertigstellung von "Schnöggersburg" (geplant: 2017/18) werden Bundeswehr-, EU- sowie NATO-Kampfverbände gemeinsam den "asymmetrischen" Krieg und Häuserkampf in Großstädten proben – für weitere Auslandseinsätze,

aber auch für militärische Heimatschutz-Einsätze im Inneren des Landes bzw. von EU-Staaten. Hier in dieser Übungs- und Kampfstadt werden dann wohl auch die angekündigten und geplanten gemeinsamen Übungen von Polizei und Militär im Antiterrorkampf stattfinden – Sachsen-Anhalt hat sich jedenfalls bereits darum beworben.

IX. Schlussplädoyer: Ursachenbekämpfung statt Aufrüstungs- und Kriegspolitik

Die aktuelle Anhäufung von sicherheitspolitischen Instrumenten der Überwachung und Kontrolle, der Gefahrenvorsorge und -abwehr auf Vorrat und der Militarisierung nach außen und innen weist über reine Terrorabwehr weit hinaus. Mit ihrer Art von Antiterrorkampf zeigen sich die Bundesrepublik, die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten sowie die EU insgesamt weiterhin ignorant gegenüber den wirklichen Ursachen von Terror, Gewalt und Flucht, an denen westliche Staaten und Staatengemeinschaften maßgeblich beteiligt waren und nach wie vor sind. Die bisherigen kriegerischen Militärinterventionen haben die Welt jedenfalls nicht sicherer gemacht und den Terrorismus nicht eingedämmt – im Gegenteil: Krieg ist seinerseits Terror und gebiert immer neuen Terror und neue Terroristen.

Es führt jedenfalls kein Weg daran vorbei, die (a)sozialen, ökonomischen, militärischen und ideologisch-religiösen Ursachen und Bedingungen von Terror, Gewalt und Kriminalität, aber auch die wirklichen Ursachen von Fluchtbewegungen zu analysieren und schließlich zu bekämpfen. Hierzu müssen wir zu allererst das vorherrschende verengte und angstbesetzte, polizei-, geheimdienst- und militärdominierte Sicherheitsdenken aufbrechen und das kurzsichtige und reflexhafte Kurieren von Symptomen überwinden – ohne allerdings den staatlichen Schutz von Gesellschaft und Bevölkerung zu vernachlässigen.

Wir brauchen starke nationale und europäische Gewerkschafts-, Protest- und Widerstandsbewegungen, die – über Deutschland und Europa hinausdenkend – für eine andere, für eine friedlichere Welt und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung kämpfen – also für eine Welt ohne Ausbeutung, Armut und Krieg. Es ist ein Kampf für soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und faire Integration, für ein Ende der Waffenexporte in Krisengebiete, für Rüstungskonversion und zivile Konfliktprävention, eine humane Flüchtlingspolitik und eine konsequente Umwelt-, Klima- und Friedenspolitik. Nur so kann letztlich sowohl dem Terror als auch dem staatlichen und überstaatlichen Antiterror der Nährboden nachhaltig entzogen werden.

37) <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/wirtschaft/Oxfam-kritisiert-die-zunehmende-soziale-Spaltung-article1804618.html>

38) Sorrento, Zukunftsvision: "Militarisierung für den Wohlstand", Dossier im Deutschlandradio, 20.6.2014 m.w.N.

39) Sorrento, Zukunftsvision: "Militarisierung für den Wohlstand", Dossier im Deutschlandradio, 20.6.2014 m.w.N.

40) Vgl. u.a. Antwort der Bundesregierung, BT-Drs. 17/10589 v. 3.9.2012, S. 4; Klöckner, Aufstandsbekämpfung im urbanen Raum teurer als geplant, <http://www.heise.de/tp/artikel/49/49281/1.html>; Rötzer, Der "urbane Ballungsraum" der Bundeswehr, <http://www.heise.de/tp/artikel/46/46161/1.html>

Die vorherrschende freiheitsraubende Sicherheits- und Aufrüstungspolitik ist also keineswegs alternativlos. Es war der ehemalige norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg, der in seiner bemerkenswerten Trauerrede für die Todesopfer des Massakers in Oslo und Utoya 2011 die einzig angemessene Antwort auf die entsetzlichen Taten des fremdenfeindlichen Mörders fand: *"Wir sind erschüttert von dem, was uns getroffen hat. Aber wir geben nie unsere Werte auf. Unsere Antwort ist mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Humanität."* Das sollte Jens Stoltenberg als jetziger NATO-Generalsekretär auch im Militärischen beherzigen. Dann wäre die Welt wohl ein ganzes Stück friedlicher.

Dieser Beitrag ist die aktualisierte und erweiterte Version eines Referats, das der Autor 2015/ 2016 in mehreren bundesdeutschen Städten gehalten hat.

Der Autor

Dr. Rolf Gössner ist Anwalt, Publizist und Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte (www.ilmr.de). Seit 2007 stellv. Richter am Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen. Mitherausgeber des *"Grundrechte-Reports. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland"* (www.grundrechte-report.de) sowie der *Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft "Ossietzky"*; Mitglied der Jury zur Vergabe des Negativpreises *"Big-BrotherAward"* (www.bigbrotherawards.de) sowie des Ligakuratoriums zur Verleihung der *Carl-von-Ossietzky-Medaille*. Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren von Bundestag und Landtagen. Auszeichnungen: Theodor-Heuss-Medaille (2008), Kölner Karlspreis für engagierte Literatur und Publizistik (2012) sowie Bremer Kultur- und Friedenspreis (2013).

Rolf Gössner ist Autor zahlreicher Bücher zu Demokratie, Bürgerrechten und "Innerer Sicherheit" (s. Literaturlauswahl). Er stand vier Jahrzehnte lang unter Beobachtung des Inlandsgeheimdienstes "Verfassungsschutz" – grundrechtswidrig, wie das Verwaltungsgericht Köln 2011 urteilte (Die Bundesregierung legte gegen das Urteil Berufung ein). Er war erfolgreicher Erstbeschwerdeführer gegen die Vorratsdatenspeicherung vor dem Bundesverfassungsgericht (2010) zusammen mit 35.000 Mitklägern; Mitersteller der Strafanzeige von Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen gegen Bundesregierung und Geheimdienste wegen geheimdienstlicher Massenüberwachung der Bevölkerung (2014); Mitersteller einer Strafanzeige gegen den türkischen Staatspräsidenten Erdogan, die türkische Regierung und türkische Sicherheitsorgane wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (6-2016) sowie Mitautor eines Memorandums zur Auflösung des "Verfassungsschutzes" (Berlin 2013; www.verfassung-schuetzen.de).

Internet: www.rolf-goessner.de / Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Rolf_G%C3%B6ssner

Literaturlauswahl

Giorgio Agamben, Ausnahmezustand, Frankfurt/M. 2004
Ders., Die Geburt des Sicherheitsstaats, in: Edition le Monde diplomatique, Die Überwacher, Berlin 2015, S. 6 ff.

Kai von Appen, Recht gehabt, nichts gewonnen. Fast 40 Jahre lang wurde der Bremer Rechtsanwalt Rolf Gössner überwacht. Er klagte und gewann den Prozess. Doch jetzt wird sein Verfahren wieder neu aufgerollt, in: taz-nord 30.12.2015: <http://ilmr.de/2015/recht-gehabt-nichts-gewonnen>

Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014

Rudolph Bauer (Hg.), Kriege im 21. Jahrhundert. Neue Herausforderungen der Friedensbewegung, Annweiler 2015

Gerhard Baum, Rettet die Grundrechte! Bürgerfreiheit contra Sicherheitswahn, Köln 2009

Markus Beckedahl/ Andre Meister, Überwachtes Netz, Berlin 2013

Markus Bernhardt, "Es geht um präventive Herrschaftssicherung". Gespräch mit Rolf Gössner über Massenüberwachung, Geheimdienste, die Untätigkeit der deutschen Bundesregierung und widerständige Whistleblower, in: Junge Welt 13.12.2014: <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2014/12-13/061.php>

Sandra Bieler, Bürgerrechtler oder "Staatsfeind"? Der Überwachungsfall Rolf Gössner, in: Das Archiv (Nr. 3), Kontrolle und Überwachung, Frankfurt/M. 2013: <https://www.dgpt.org/de/heftinhalt.html&qid=11758&arid=11765>

Edition le Monde diplomatique, Die Überwacher. Prism, Google, Whistleblower, Berlin 2015

Sebastian Erb, Geschredderte NSU-Akten "Der Skandal ist systembedingt". Nach der Vernichtung von Akten aus dem NSU-Umfeld fordert Geheimdienstexperte Rolf Gössner die Abschaffung des "demokratieunverträglichen" Verfassungsschutzes, in: taz 30.6.2012

Andreas Förster (Hg.), Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur, Tübingen 2014

Christian Fuchs/John Goetz, Geheimer Krieg. Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird, Reinbek 2013

Hajo Funke, Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung, Münster 2015

Daniele Ganser, Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren, Zürich 2016 (2. Aufl.)

Vera Gaserow, Achtunddreißig Jahre überwacht. Ein Gespräch mit dem Bremer Juristen Rolf Gössner, den der Verfassungsschutz seit 1970 bespitzelt hat, in: Die Zeit 9.2.2012: <http://www.zeit.de/2012/07/Interview-Goessner>

Rolf Gössner, Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der Heimatfront, Hamburg 2007

Gössner, Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Neonazis im Dienst des Staates, e-book bei Droemer-Knauer, München 2012 (akt. Neuauflage der Erstausgabe von 2003). Direktlink: <http://amzn.to/HQcOU2>

Ders., Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand? In: Stuart Price, Fesseln spürt, wer sich bewegt. Überwachung, Repression und Verfolgung im neoliberalen Staat, Hamburg 2012.

Ders., Informationskrieg der Geheimdienste: Feindliche Angriffe gegen die Bevölkerung, in: Spionage adé. Massenüberwachung und globale Datenspionage: Wir erstatten Strafanzeige gegen Bundesregierung und Geheimdienste, Hg. Int. Liga für Menschenrechte/Digitalcourage, Bielefeld 2014, S. 9 ff.

- Ders., Sicherheitsrisiko Mensch. Globale Massenüberwachung untergräbt Völker- und Menschenrecht, Rechtsstaat und Demokratie, in: Grundrechte-Report 2014, S. 16 ff.: www.rolf-goessner.de/GRR2014%20NSA2-1.htm
- Ders. (Hg), Mutige Aufklärer im digitalen Zeitalter. Carl-von-Ossietsky-Medaillen an Edward Snowden, Laura Poitras und Glenn Greenwald, Ossietsky Verlag GmbH, Dähre 2015.
- Ders., Wetttrüsten im Informationskrieg der Geheimdienste, in: Grundrechte-Report 2015, Frankfurt/M., S. 144, als Rede: <https://www.youtube.com/watch?v=ZWalbuafFE4> / <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/wetttruesten-im-informationskrieg>
- Ders., Geheimdienste und Demokratie sind unvereinbar. Über die Gefahren neuer Aufrüstungspläne, in: Weser-Kurier/Bremer Nachrichten 29.12.2015, S. 2.
- Ders., Tiefer Staat? Essay zu BND & NSA: Mit einer Reform der Geheimdienste ist es nicht getan. Denn: Geheimdienste und Demokratie sind nicht miteinander vereinbar, in: taz-Wochenendausgabe 02./03. Mai 2015, S. 11: <http://taz.de/Essay-BND-und-NSA/1159201/>
- Ders., Informationskrieg der Geheimdienste. Militarisierung der "Inneren Sicherheit", in: Bauer (Hg.), Kriege im 21. Jahrhundert. Neue Herausforderungen der Friedensbewegung, Anweiler 2015, S. 119 ff.
- Ders., Ausspähen unter Freunden – geht doch! NSA/BND-Affären: systematische Wirtschafts- und Regierungsspionage ohne Gesetz und Recht, ohne Grenzen und Kontrolle, in: Grundrechte-Report 2016, Frankfurt/M. 2016, S. 25 ff.
- Ders., BBA-Laudatio 2014 auf Bundeskanzleramt für Verstrickungen in NSA-Skandal: <https://bigbrotherawards.de/2014/politik-bundeskanzleramt>
Video: <https://www.youtube.com/watch?v=f3OqUPemyEw/>
in: Neue Rheinische Zeitung
www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21597
- Ders., BigBrotherAwards 2015. Laudatio 2015 auf Bundesnachrichtendienst BND, <https://bigbrotherawards.de/2015/behoerden-verwaltung>
Video: <https://vimeo.com/127156312>
- Ders., BigBrotherAwards 2016. Laudatio 2016 auf den "Verfassungsschutz": <https://bigbrotherawards.de/2016/lebenswerk-verfassungsschutz-v>
Video: <https://vimeo.com/163909275#t=1h56m00s>
- Glenn Greenwald, Die globale Überwachung, München 2014
- Ben Hayes, Der bloßgestellte Überwachungsstaat, in: Bürgerrechte & Polizei, Mai 2014, S. 44 ff.
- Rainer Hermann, Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt, München 2015
- Humanistische Union/Internationale Liga für Menschenrechte/BAG Kritische Juragruppen (Hg.), "Brauchen wir den Verfassungsschutz? Nein!" Memorandum, Berlin/Norderstedt 2013, von Rolf Gössner, Johann-A. Haupt, Udo Kauß, Till Müller-Heidelberg, Thomas v. Zabern. Direktlink zur Broschüre: www.verfassung-schuetzen.de/wp-content/uploads/2013/09/HU2013_Memo-VS.pdf
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Krieg beginnt hier. Zur Militarisierung der Bundesrepublik nach Außen und Innen, Köln Mai 2013
- Marcus Klöckner, Umbau des Rechtsstaats und Militarisierung der Politik. Rolf Gössner befürchtet Aufbau einer Sicherheitsarchitektur, die gegen Bürger gerichtet ist, Telepolis 29.9.2015: <http://www.heise.de/tp/artikel/46/46124/1.html>
- Meltem Kural: Mit bloßen Geheimdienst-Reformen ist es nicht getan. Rolf Gössner fordert gesellschaftliche Debatte über das Problem ausufernder Überwachung, in: Perspektif Jan. 2016 – türk. Fassung: <http://www.perspektif.eu/hukuk-devletinde-isler-boyle-yurumez/>
- Hans-Jürgen Lange/Jens Lanfer (Hg.), Verfassungsschutz. Reformperspektiven zwischen administrativer Effektivität und demokratischer Transparenz, Wiesbaden 2016
- Claus Leggewie/Horst Meier, Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik, Berlin 2012
- Michael Lüders, Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet, München 2015
- Katharina Nocun, Ein bespitztes Leben: Rolf Gössner über vier Jahrzehnte unter Dauerüberwachung, in: campact.de 11. Dez. 2014
<http://blog.campact.de/2014/12/ein-bespitztes-leben-rolf-goessner-ueber-vier-jahrzehnte-unter-dauerueberwachung/>
- Heribert Prantl, Wer schützt die Verfassung vor dem Verfassungsschutz. Eine Anklage. Neobooks-aktuell 2012
- Stuart Price, Fesseln spürt, wer sich bewegt. Überwachung, Repression und Verfolgung im neoliberalen Staat, Hamburg 2012
- Bodo Ramelow, Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen, Hamburg 2013
- Christoph Reuter, Die Schwarze Macht. Der "Islamische Staat" und die Strategen des Terrors, München 2015.
- Winfried Ridder, Verfassung ohne Schutz. Die Niederlagen der Geheimdienste im Kampf gegen den Terrorismus, München 2013
- Marcel Rosenbach/ Holger Stark, Der NSA-Komplex, München 2014
- Jürgen Roth, Der Tiefe Staat. Die Unterwanderung der Demokratie durch Geheimdienste, politische Komplizen und den rechten Mob, München 2016
- Peter Schaar, Überwachung total, Berlin 2014
- Conrad Schuhler, Die Große Flucht. Ursachen, Hintergründe, Konsequenzen, Köln 2016
- Ders., Der Terror als Mittel zur Überwindung der Demokratie, Interview auf: www.nachdenkseiten.de/?p=34525
- Aureliana Sorrento, Zukunftsvision: Militarisierung für den Wohlstand, Dossier im Deutschlandfunk vom 20.6.2014
- Spionage adé. Massenüberwachung und globale Datenspionage, Hrg. Internationale Liga für Menschenrechte/Digitalcourage e.V., Bielefeld 2014, mit Analyse von Rolf Gössner und Strafanzeige im Wortlaut. Bezug: <https://shop.digitalcourage.de/broschuere-spionage-ade.html>
- Álvaro de Vasconcelo, (Hg.), Perspektiven für die Europäische Verteidigung 2020, European Union Institute for Security, Paris 2011
- Vorgänge, Geheimdienst vor Gericht, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3 (Okt.)/2016
- Jens Wernicke, Der Informationskrieg der Geheimdienste. Zur Militarisierung der inneren Sicherheit und der Rolle der Geheimdienste. Gespräch mit Rolf Gössner, NachDenkSeiten 22.5.2015: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=26198>
- Jens Wernicke, Auf dem Weg in den digital-autoritären Sicherheitsstaat? Interview mit Rolf Gössner, NachDenkSeiten 18.12.2015: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=29649>
- Wolf Wetzel, Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf? Münster 2013

Conrad Schuhler

Der Terror und die Verantwortung des Westens

I. Das Anschwellen von Terror und Krieg

Der Terrorismus nimmt global rasch zu. Im Global Terrorism Index wird die Terrorintensität eines Landes nach der Zahl der Toten und Verletzten und nach der Höhe der angerichteten materiellen und psychologischen Schäden gemessen. Nicht gewichtet wird staatlicher Terror, sondern nur Handlungen von Akteuren "sub-nationalen" Charakters. Terrorismus wird definiert als "der angedrohte oder tatsächliche Gebrauch von illegaler Gewalt durch nicht staatliche Akteure, um politische, wirtschaftliche, religiöse oder soziale Ziele durch Furcht, Zwang oder Einschüchterung zu erreichen" (Global Terrorism Index 2015, S. 6, www.economicsandpeace.org). Im Index von 2015 weisen folgende Länder die höchste Terrorintensität auf (ebd., S. 100):

- Irak
- Afghanistan
- Nigeria
- Pakistan
- Syrien

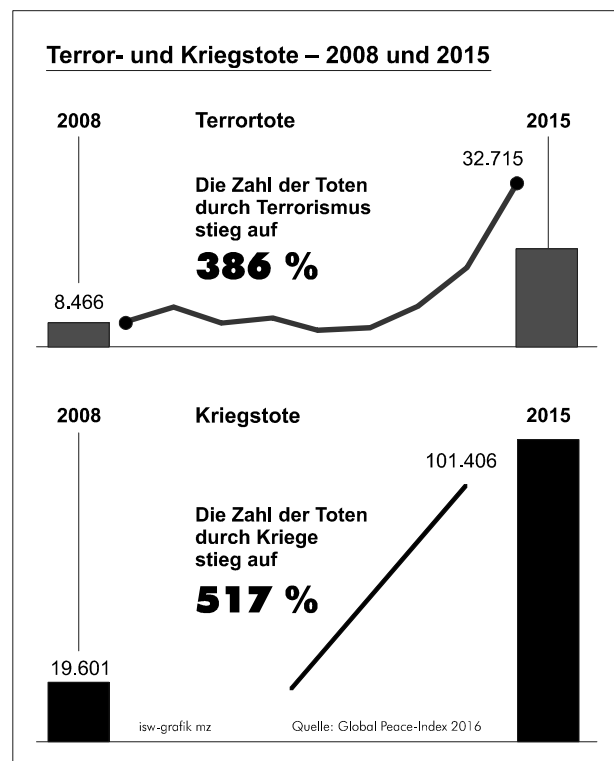
In diesen fünf Ländern geschahen 78 % aller terroristischen Angriffe. (ebd., S. 4) Terror traf bis dahin in erster Linie Länder des "Südens". Über die Hälfte aller Anschläge geht auf das Konto von Boko Haram (hauptsächlich Nigeria) und IS (hauptsächlich Naher Osten). Der Westen hingegen war weitgehend verschont geblieben. Großbritannien steht im Index 2015 auf Rang 28, Griechenland auf 29, die USA auf 36, Frankreich auf 37 und Deutschland auf Nr. 53. (Schuhler, Die Große Flucht, S. 24).

Neue Akzente im Terrorismus

Die Terror-Entwicklung bekommt aktuell neue Akzente. Die Welt wird insgesamt "weniger friedlich". Von 2008 bis 2015 habe sie um "2,44 %" an Friedenszustand verloren, stellt der aktuelle Global Peace Index fest, der sowohl terroristische wie staatliche Gewaltakte verzeichnet (2016 Global Peace Index – Institute for Economics and Peace, S. 24. economicsandpeace.org/reports)

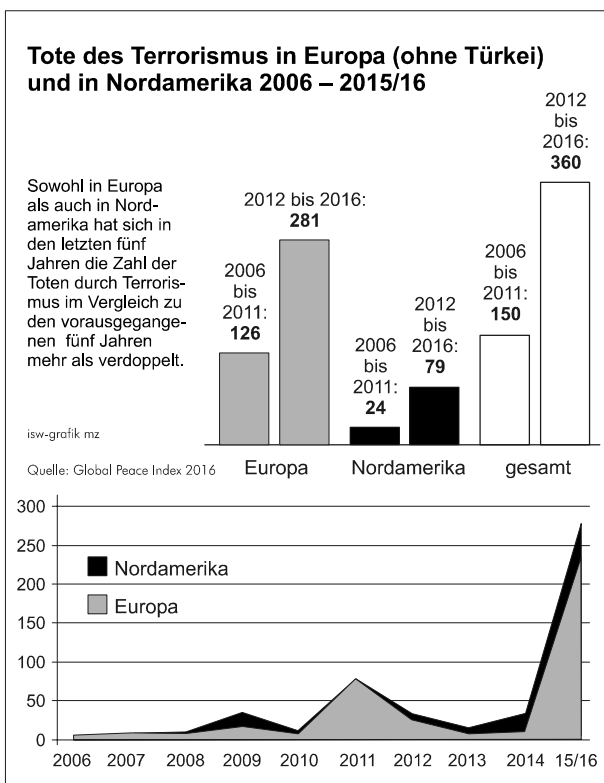
Die Terrortoten haben sich fast vervierfacht, die Kriegstoten mehr als verfünffacht. Die gesamte terroristische Aktivität hat sich von 2013 auf 2014 um 80 % erhöht und für 2015 und 2016 geht man von ähnlichen Steigerungsraten aus. (ebd., 29). Nach wie vor sind die oben angeführten Länder Irak, Nigeria, Afghanistan, Pakistan und Syrien die weit führenden Zentren des Terrorismus. Doch weist fast jede Region der Erde eine Zunahme an Terror auf. Die Zahl der Länder mit über 500 Terrortoten stieg von 2013 auf

2014 von fünf auf elf. Die Zahl der Länder, die keinerlei terroristische Vorfälle meldeten, sank von 49 in 2008 auf 37 in 2016 (von 163 erfassten Ländern). Zwar werden heute weltweit viele Hunderte aktiver Terror-Gruppen gezählt, doch entfällt der Großteil der Terroraktionen auf einige wenige große Organisationen. Boko Haram und IS sind weiterhin für mehr als die Hälfte der Toten verantwortlich. Beide Gruppen fungieren auch als Kombattanten in den anstehenden zivilen und territorialen Auseinandersetzungen. So wird der IS verantwortlich gemacht für mehr als 20.000 Kriegstote, zusätzlich zu über 6.000 Toten durch Terrorakte.



Eine neue Entwicklung zeigt sich in dem enormen Anstieg seit 2014 an Terrortoten in Europa und den USA. Gegenüber dem Jahrfünft 2006–2011 haben sich hier die Toten durch Terrorismus weit mehr als verdoppelt. Die meisten Toten in Europa sind im ersten Halbjahr 2016 dem Terror zum Opfer gefallen. Während die Mehrzahl der Toten seit 2001 in Europa und den USA in den ersten Jahren auf die Angriffe sogenannter "einsamer Wölfe" zurückzuführen ist, sind heute in erster Linie terroristische Netzwerke dafür verantwortlich. Schon Al Qaida unter Bin Laden hatte die Losung ausgegeben, die Terrorakte in den

Westen zu tragen. Der IS hat diese Strategie als eine Grundlage seiner Tätigkeit aktuell wiederholt und ist dabei – wie die Anschläge gegen das russische Flugzeug über dem Sinai, die Massenattentate in Paris und Brüssel, der Anschlag in Istanbul und mehrere Aktionen in Deutschland belegen –, dies in die Praxis umzusetzen.

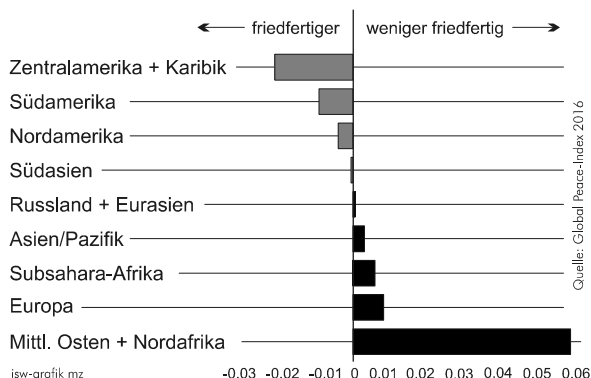


II. Terror und Flucht – dieselben regionalen Schwerpunkte, dieselben Ursachen: Krieg und soziales Elend

Die Länder mit der höchsten Terrorintensität gehören zugleich zu den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge. Mit dem Terror sind die Flüchtlingszahlen enorm angestiegen. Waren 2008 42 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, so waren es 2015 65,3 Millionen. (unhcr.de. global_trends_2015.pdf) Von den fünf die Terrorliste anführenden Länder – siehe Seite 16 – steht Syrien auf Platz 1 der Flüchtlingsliste, Afghanistan auf Platz 2, der Irak, Pakistan und Nigeria auf den Rängen 11 bis 20.

Die Hauptursache von Terror und Flucht sind die Kriege. Syrien steht im Global Peace Index auf dem letzten Rang (Nr. 163), ist also das Land mit der größten Kriegsverwüstung. (2016 Global Peace Index, S. 11. Economicsandpeace.org/reports). Der Irak ist die Nr. 161, Afghanistan Nr. 160, Pakistan Nr. 153, Nigeria Nr. 149. Die terrorintensivste Region ist gleichzeitig mit großem Abstand die kriegsverwüstete: der Mittlere Osten und Nordafrika. (A.a.O., S. 12)

Die Veränderung der Kriegs- und Terrorintensität nach Regionen – Veränderung von 2015 zu 2016



Die größte Verbesserung in der Friedfertigkeit fand in Zentralamerika statt und in der Karibik. Auch die beiden übrigen amerikanischen Regionen verbesserten sich, während sich alle übrigen verschlechterten. Am verheerendsten getroffen wurde der Nahe Osten/Nordafrika. Nach dem absoluten Friedensstatus liegt Europa vorne. Die Weltspitze nehmen Island, Dänemark und Österreich ein. Der Global Peace Index wird nach folgenden Kriterien errechnet: Anhaltende interne und internationale Konflikt; Soziale Sicherheit; Militarisierung.

Neben dem Krieg hat der Terror eine zweite Mutter: das soziale Elend. Die Hauptländer des Terrorismus sind geprägt von Armut, Hunger und sozialer Hoffnungslosigkeit. Im "Human Development Index" erstellt das United Nations Development Programme jährlich einen Index menschlicher Entwicklung. Er misst die Qualitäten des menschlichen Lebens anhand der Faktoren "Lebenserwartung zur Zeit der Geburt", "durchschnittliche Schuljahre", "zu erwartende Schuljahre" und "Pro-Kopf-Einkommen". Irak steht unter den 188 Nationen auf Rang 121, Syrien auf 134, Pakistan auf 147, Nigeria auf 152 und Afghanistan auf Rang 171. (undporg.2015_statistical_abstracts_tables_all)

Wenn und da es zutrifft, dass Kriege und Armut der Nährboden von Terrorismus sind, werden wir uns auf eine Terror- (und Flüchtlings-) welle aus Afrika vorzubereiten haben. Von den zehn Ländern mit dem höchsten Kriegsstatus zählen fünf zu Afrika (Libyen, Sudan, Zentralafrikanische Republik, Somalia, Südsudan – 2016 Global Peace Index, S. 11) – und von den 43 Ländern mit dem niedrigsten Status der menschlichen Entwicklung sind 32 afrikanische Länder (undp, a.a.O.) Afrika – heute das Zuhause des sozialen Elends, morgen vielleicht der Ausgangsort von Flucht und Terror.

III. Die Quellen des Terrorismus sind Ergebnis der vom Westen betriebenen Globalisierung

Die Länder mit dem höchsten Terror-Index, die zugleich die wesentlichen Exportländer des Terrors sind, sind allesamt "fehlgeschlagene Staaten", die deshalb "fehlgeschlagen" sind, weil kriegerische Überfälle des Westens ihre staatlichen Strukturen und Apparate zer-

schlagen und ihre Ökonomien ruiniert haben. In Afghanistan hatten die USA seit den 80-er Jahren die Terror-Organisation al-Qaida aufgebaut. Mit Hilfe der Terror-Organisationen der Taliban wurde die Kabuler Linksregierung und ihre sowjetischen Helfer niedergeworfen bzw. aus dem Land getrieben. Als dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski, vorgehalten wurde, es seien die USA gewesen, die die islamistischen Gruppen erst hochgepöppelt haben, sagte er: "Was ist wichtiger in der Weltgeschichte? Die Taliban oder der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums?" (Le Nouvel Observateur, 15.1.1998)

Das Hochrüsten der Terror-Gruppen und das anschließende jahrelange Gemetzel in Afghanistan mit dem Entstehen neuer, antiwestlicher Terrorkräfte ist eine direkte Folge des militärischen Eingreifens der USA und der Nato. Drei Wochen nach den Anschlägen gegen die Twin Towers in New York starteten die USA ihren Angriff auf Afghanistan als "Bündnisfall" der Nato. Vorgeblich ging es um die "Selbstverteidigung" der westlichen Wertegemeinschaft gegen Afghanistan. Damit wurde das Gewaltverbot der UNO ausgetrickst, es genügte, die Nato-Partner zu überzeugen und die "Koalition der Willigen" war perfekt. Der Angriff war völkerrechtswidrig, war illegal.

Unter dem Banner des "Kriegs gegen den Terror" wurden und werden nun illegale Kriege überall dort durchgezogen, wo die USA und die NATO sie für ihre Interessen benötigen. Die USA und Großbritannien überfielen 2003 den Irak. Zuvor hatten sie sich vor der UNO mit ihren Lügen und Fälschungen zu den angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak blamiert. Im Ergebnis dieses illegalen Krieges zählen wir heute im Irak über eine Million Tote. Und aus den Truppenoffizieren und Geheimdienstleuten des Saddam-Regimes setzte sich die neue Terrortruppe IS zusammen, die bald große Teile von Syrien und Irak kontrollierte. Die beiden Hauptgruppen der Terroristen im Nahen Osten und Nordafrika, al-Qaida und IS, haben ihr Entstehen und ihre wachsende Relevanz den USA und der NATO zu verdanken. (Vgl. Daniele Ganser, *Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien.* Zürich 2016, S. 206 ff.)

Den nächsten großen Akt im "Krieg gegen den Terror" erleben wir mit dem Überfall auf Libyen 2011. Auch hier gab es keinen UN-Beschluss, auch dieser Krieg war völkerrechtswidrig. So wie bei Afghanistan das "Selbstverteidigungsrecht" vorgeschoben wurde, um den kriegsrischen Überfall der NATO zu legitimieren, so wurde dieses Mal das R2P-Konzept erfunden. Die Abkürzung steht für Responsibility to Protect, auf deutsch "Schutzverantwortung". Wenn ein Staat nicht fähig oder willens sei, die Bürger vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen, dann dürfe die internationale Staatengemeinschaft zum Schutz der bedrohten Bevölkerung eingreifen, wenn ein entsprechendes Mandat des Sicherheitsrates vorliegt. Das

UN-Mandat bezog sich aber ausdrücklich auf die Errichtung einer Flugverbotszone, um "von Angriffen bedrohte Zivilpersonen" zu schützen. Die NATO fälschte dieses Mandat um in einen militärischen Angriff mit dem Ziel, Gaddafi zu stürzen und einen Regime-Change durchzuführen. Auch dieser Krieg ist illegal. (Ganser, a.a.O., S. 247f.)

Nach einem ähnlichen Konzept geht der Westen in Syrien vor. "Die Angreifer USA, Großbritannien, Frankreich, Türkei, Katar und Saudi-Arabien haben brutale Banden trainiert und mit Waffen ausgerüstet und versuchen seit 2011, Präsident Assad zu stürzen, was ihnen aber bisher nicht gelungen ist." (Ganser, Interview mit NachDenkSeiten, 14.10.2016) Mittlerweile gehört auch Deutschland zur Bande der Angreifer. Bisher hat der Terrorkrieg 400.000 Tote gefordert und über 11 Millionen Menschen in die Flucht getrieben.

Daniele Ganser zieht dieses Fazit: "Der laufende sogenannte "Krieg gegen den Terror" bietet keinen gläubigen Ausstieg aus der Gewaltspirale an und löst das reale Problem des Terrors nicht, weil er im Kern gar nicht auf den Terror abzielt, sondern ein Kampf um Erdöl, Erdgas, Geld und Macht ist. Der sogenannte "Krieg gegen den Terror" ist ein Kampf um Rohstoffe und globale Vorherrschaft." (Ganser, *Illegale Kriege*, a.a.O., S. 329) Die deutsche Regierung hat das schon frühzeitig als Devise ausgerufen. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 wurde das Konzept so ausgedrückt: "Freie Rohstoffe und gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands von vitaler Bedeutung." Für den Zugang zu Bodenschätzen und für die Energiesicherheit ist Deutschland "bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens das gesamte Spektrum einzusetzen auch Streitkräfte." (Schuhler 2016, S. 36ff) Und das tut Deutschland auch mit großer Kraft. Derzeit führt die deutsche Bundeswehr in folgenden Ländern Auslandseinsätze durch: Syrien, Afghanistan, Irak, Libanon, Somalia, Sudan, Süd-Sudan, Westsahara, Mali, Kosovo; darüber hinaus "weiträumig" im Mittelmeer und am Horn von Afrika. (www.einsatz.bundeswehr.de)

Der Norden lebt über die Verhältnisse des Südens

Seinem aktuellen Buch (Neben uns die Sintflut. Hanser Berlin 2016) stellt Stephan Lessenich ein Zitat des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano aus dessen Buch über Kolonialismus und Imperialismus in Lateinamerika voran: "Die internationale Arbeitsteilung besteht darin, dass einige Länder sich im Gewinnen und andere im Verlieren spezialisieren." Der Norden hat sich auf das Spezialisieren der Gewinne, der Süden auf das Spezialisieren im Verlieren konzentriert. Der Norden kann das im globalen Gefüge, weil er über genügend Macht verfügt, um den Süden auszubeuten. "Ausbeutung findet demnach immer dann statt, wenn Menschen über eine Ressource verfügen bzw. über diese in einer Weise verfügen können, die sie dazu befähigt, andere Menschen zur Produktion

eines Mehrwerts zu bringen, von dessen Genuss die Produzierenden selbst wiederum ganz oder teilweise ausgeschlossen bleiben." (Lessenich, 58) Dieser Mehrwert kann einmal als Gewinn vom Unternehmer angeeignet werden, die klassische Ausbeutung im marxistischen Sinn. Zum ändern kann er sich "auch in anderen Formen der einseitigen, entschädigungslosen Vorteilsnahme innerhalb einer sozialen Beziehung niederschlagen: als Ausbeutung von Bodenschätzen anderer Länder, des Wissens anderer Kulturen, von Zwangslagen anderer Menschen." (A.a.O.)

Nun ist die grobe Einteilung in einen "reichen Norden" und einen "armen Süden" nicht hinreichend. Im letzten Jahr waren 65 Millionen Menschen aus dem Süden auf der Flucht. Viele Millionen wandten sich nach Norden, weil sie glaubten, sie fänden in der Reichen Welt ein friedliches und materiell gesichertes Auskommen. Doch trafen sie hier wiederum auf den Widerspruch Arm-Reich, der sich auch in wachsender Schärfe durch die Reiche Welt zieht. In Deutschland ist jeder Fünfte armutsgefährdet, während 17 % des Gesamtvermögens dem reichsten Promille der Gesellschaft gehört, ganze 40.000 Haushalten. (isw-Wirtschaftsinfo 50 – S. 33 ff) Die von Krieg, Terror und Ausbeutung zur Migration Gezwungenen treffen in der Reichen Welt auf die dortigen indigenen Armen. Im Aufeinanderprallen der globalen subalternen Armen und den eingeborenen Subalternen offenbart sich ein wesentlicher Akt des durch den globalen Kapitalismus produzierten Dramas unserer Epoche.

Dennoch ist es eine fundamentale Tatsache, dass die sozialen Ungerechtigkeiten global ungerecht verteilt sind und in erster Linie den Süden treffen. Das Durchschnittseinkommen im Westen/Norden beträgt das Dreifache des Welteinkommens, das Fünffache des durchschnittlichen Einkommens der Schwellen- und Entwicklungsländer, das Fünfzehnfache des Einkommens der Menschen in Afrika-Subsahara. Der Internationale Währungsfonds listet 37 fortgeschrittene Volkswirtschaften (advanced economies) auf, denen er 152 Schwellen- und Entwicklungsländer gegenüberstellt. Die 37 Industrieländer stellen 15 % der Weltbevölkerung, aber 37 % des Welt-Sozialprodukts und 62 % aller Welt-Exporte. Die 152 Schwellen- und Entwicklungsländer kommen auf 85 % der Weltbevölkerung, aber nur auf 57 % des Welt-Sozialprodukts und 37,5 % der Exporte. (Schuhler 2016, S. 26ff, S. 43 ff)

Der Süden wird auf vielfältige Weise um große Teile des von ihm produzierten Mehrwerts gebracht. Industrielle und landwirtschaftliche Arbeit wird auf ein Lohnniveau am Rande und unterhalb des Existenzminimums gebracht. Mit "Freihandelsabkommen" wie den EPAs (Economic Partnership Agreements) werden die afrikanischen Märkte für europäisches Geld und Waren geöffnet. Die radikale Marktöffnung für EU-Importe soll angeblich ausgeglichen werden durch die Öffnung des Zuganges für afrikanische Produkte zur EU. Doch ist die Wirtschaft Afrikas dem

Wettbewerb mit den Industrie-, Handels- und Agrarmultis der EU natürlich nicht gewachsen. Durch die EPAs allein verliert Afrika jährlich 20 Milliarden US-Dollar an Exporteinnahmen.

Zu den Knebelungsinstrumenten gehört auch die vertraglich zugesicherte Nutzung von Fischfanggebieten. Die EU hat mit 16 Ländern in Afrika, der Karibik und im Pazifik solche Verträge abgeschlossen. Die EU-Großtrawler zerstören die einheimische Fischereiwirtschaft, wofür sie von der EU mit knapp einer Milliarde Euro subventioniert werden. (Le Monde Diplomatie, 11.1.2013)

Wenn diese und sonstige Verfahren des zivilen Handels- und Wirtschafts imperialismus nicht ausreichen, dann lässt der Westen die Waffen sprechen.

IV. Terror in Europa – Migranten: diskriminiert, arm, ohne Perspektive

Die Geheimdienste scheinen sich einig zu sein: Je mehr der IS mit seinem Kalifat in Syrien und Irak in Bedrängnis gerät, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass er in Europa und Nordamerika verstärkt zuschlägt. Der IS muss seinen "Status auf dem Terror-Marktplatz" erhalten und deshalb seine auswärtigen Aktivitäten intensivieren. Dabei sind Russland und die Türkei mutmaßliche Opfer, im Nahen Osten vor allem auch Jordanien und der Libanon. Doch die meiste Aufregung in der westlichen Öffentlichkeit würde erregt durch Anschläge in Europa und Nordamerika. Intensiviert wird diese strategische Hinwendung des Terrors zum Westen durch die Konkurrenz von IS mit al-Qaida um die Führung der dschihadistischen Bewegung. Auch al-Qaida wird mit Terrorakten verstärkt über das resonanzstärkste Gebiet Europa-Nordamerika herfallen. (Daniel Benjamin and Steven Simon: The Global Terror Threat in 2016: A Forecast. www.ctc.usma.edu/v2/wp-content/uploads/2016/01/CTC-SENTINEL-Vol9Iss16.pdf).

Hier in Europa hätten die Terroristen nach Meinung der Anti-Terrorismus-Spezialisten relativ leichtes Spiel. "Schengenland-Europa" böte einen relativ leichten Zugang für Terroristen von Außen und im Innern gäbe es Migranten-Zonen, in denen Terroristen leicht unbemerkt Unterschlupf finden und ihre Aktionen unbemerkt vorbereiten könnten.

Tatsächlich hat sich in Europa ein terror-affines Umfeld gebildet. Mehr als 30.000 Ausländer reisten nach Syrien und Irak, um den IS in seinem Kampf zu unterstützen. (A.a.O.) Sehr viele davon kamen aus Europa. Aus Belgien, dem Zentrum der IS-Attacks in Europa, gingen nach Feststellungen des dortigen Geheimdienstes 451 Kämpfer nach Syrien und Irak. (Peter Van Ostueyen: Belgian Radical Networks and the Road to the Brussels Attacks. www.ctc.usma.edu/v2/wp-content/uploads/2016/06/CTC-SENTINEL_Vol9Iss613.pdf) Aus Deutschland waren es noch weit mehr. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes

sind bis Ende 2016 mehr als 780 Personen nach Syrien und Irak gereist, um dort den IS zu unterstützen. (verfassungsschutz.de/de/download-manager-vsbericht-2015-Kurzzusammenfassung.pdf)

Schon 2014 hat der Sprecher des IS, Abu Muhammad al-Adnani, dem Westen offiziell den Krieg erklärt. (Van Ostuyen, a.a.O.) Europa betreffend liegt der entscheidende Punkt in dem Vorhandensein von Migrantenumilieus, in denen sich Terroristen wie "Fische im Wasser" bewegen können und aus denen Sympathisanten und Mitkämpfer hervorzunehmen. Dies war schon bei den Anschlägen in Belgien und Frankreich zu beobachten, die vor allem von dort geborenen Migranten der zweiten Generation ausgeführt wurden.

Auch in Deutschland findet sich ein relativ breites soziales Feld des "Islamismus", worunter der Verfassungsschutz eine Form des politischen Extremismus begreift. Der Islamismus zielt unter Berufung auf den Islam auf die "teilweise oder vollständige Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab". (Verfassungsschutz, a.a.O., S. 21) Er postuliert die Existenz einer gottgewollten und daher wahren und absoluten Ordnung, die über von Menschen gemachten Ordnungen stehe. Damit stünden Islamisten in Widerspruch zu den im Grundgesetz verankerten Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der freien Meinungsäußerung und der allgemeinen Gleichberechtigung.

An solchen verfassungsfeindlichen Islamisten stellt der Verfassungsschutz 2015 in Deutschland 14.120 Personen fest, 1.230 (fast 10 %) mehr als im Vorjahr. Al Qaida- und IS-Anhänger sind dabei ausdrücklich ausgenommen, da für sie "keine gesicherten Zahlen" vorliegen. Den Großteil der erfassten Islamisten machen "salafistische Betreibungen" aus, deren Anhängerschaft von 7.000 auf 8.350 gewachsen ist.

Mit diesen Zahlen und Definitionen schreitet der Verfassungsschutz voran auf dem Pfad, den schon die "Je suis Charlie"-Märsche im Januar 2015 getreten haben. Hinter deren Bekenntnissen zu Toleranz und Meinungsfreiheit stand nach Emmanuel Todd in Wahrheit das Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierung der französischen Unterschicht, der ausgegrenzten und oft muslimischen Bevölkerung der französischen Vororte. (Emmanuel Todd, Qui ist Charlie? Sociologie d'une crise religieuse. Paris 2015. Siehe auch Schuhler 2015, S. 16ff). Charlie habe die Islamophobie, den Hass auf den Islam, als Waffe der Sozialkontrolle instrumentalisiert. Unausgesprochene Losung der Demonstrationen sei die Erlaubnis, ja die Weisung gewesen, auf die Religion der Schwachen zu spucken.

Der Verfassungsschutzbericht führt breit seine ideologische Einschätzung des Islamismus aus und konstatiert gründlich das Anschwellen der Terror-Sympathisanten, ohne auf seinen 318 Seiten auch nur ein Wort über die sozialen Ursachen von Gewalt und

Terror zu verlieren. Tatsächlich sind die Migrantenzonen ökonomisch und sozial vom Mainstream der deutschen Gesellschaft weithin abgehängt. Sie sind sozusagen der natürliche Nährboden für Ablehnung und Hass auf den Westen und für die Solidarisierung mit aktiven antiwestlichen Kämpfern.

Vergleicht man die Zahlen der "Bevölkerung ohne Migrationshintergrund" (79,3 % der Gesamtbevölkerung) mit denen der "Bevölkerung mit Migrationshintergrund", so ergibt sich nach allen wesentlichen Kriterien eine erhebliche Schlechterstellung der Migranten. Wir konzentrieren uns hier auf die "Personen aus Drittstaaten", denen die Muslime im Wesentlichen zugehören. Es handelt sich um 3,7 Millionen Menschen. (Die übrigen Gruppen mit Migrantensstatus sind nach der Einteilung des Statistischen Bundesamtes "Personen aus Gastarbeiter-Anwerbeländern – 5,9 Millionen"; "SpätaussiedlerInnen – 4,2 Millionen"; "Personen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten – 1,7 Millionen"); "Personen aus den Mitgliedsstaaten der EU-15" – 0,9 Millionen). (Datenreport 2016.destatis/DE/Publikationen/Downloads/Datenreport2016Kap7.pdf)

Die Benachteiligung der Drittstaaten-Migranten zeigt sich gerade in den gravierenden Bereichen von Beschäftigung, Einkommen und Armutsgefährdung. Während die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei 76 % liegt, erreicht sie bei Personen "mit Wurzeln in den Drittstaaten" nur 56,2 %. (A.a.O., S. 229). Diese Migrantengruppe findet nicht nur sehr viel seltener einen Arbeitsplatz, sie wird auch, wenn sie einen erhält, schlechter bezahlt. Vollzeitbeschäftigte aus "Drittstaaten" verdienen rund 10 % weniger als die aus der Gruppe "ohne Migrationshintergrund". (332) Die Armutsgefährdung der originär Deutschen liegt bei 12,5 %, die der Drittstaaten-Migranten mit 36,1 % um das Dreifache höher. (234)

Diese schwerwiegenden ökonomischen und sozialen Nachteile erfahren die Migranten, obwohl ihr Niveau an Bildung und berufsqualifizierendem Abschluss über dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt. 47 % der Personen aus Drittstaaten haben einen hohen Schulabschluss, was nur 34 % der urdeutschen Bevölkerung von sich sagen können. (227) Beim "höchsten berufsqualifizierenden Abschluss" lauten die Zahlen 32 zu 21 % zugunsten der Personen aus Drittstaaten. (228)

Wer von der Bekämpfung der Ursachen des Terrors gerade in Deutschland und Europa spricht, der muss vor allem die systematische Benachteiligung der Flüchtlinge in Wirtschaft und Gesellschaft bekämpfen. Heute leben fast fünf Millionen Muslime in Deutschland, von denen mehr als jeder Dritte armutsgefährdet ist und denen ihre Qualität als normale, mit den Menschen- und Bürgerrechten ausgestattete Staatsbürger zusehends bestritten wird. Wenn diesen Entwicklungen nicht Einhalt geboten wird, wenn die "Flüchtlingsfrage" nicht humanitär und solidarisch gelöst wird, wird der Terrorismus weiter um sich greifen.

"Wenn wir keine millionenfachen Paria-Gesellschaften wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass alle Flüchtlinge Bildung erhalten; dass alle Arbeit und eine Wohnung bekommen; dass alle ein Einkommen erzielen, von dem sie anständig leben können; dass alle an unseren Sozial- und Gesundheitssystemen teilhaben können. Dass wir, die Deutschen und die Migranten, in Solidarität miteinander umgehen." (Schuhler 2016, S. 109)

V. Terror und Islam

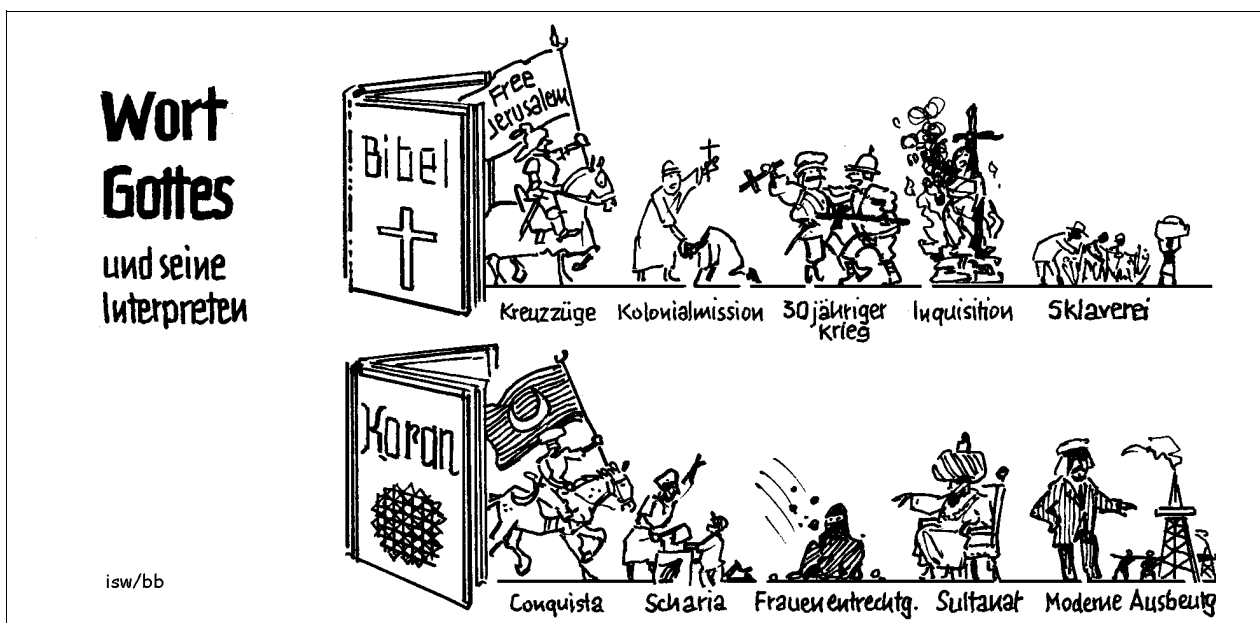
Den Islam als einen Hauptgegner des westlichen Kapitalismus zeichnete mit als erster Samuel P. Huntington in seinem Werk "Kampf der Kulturen" (englisch: Clash of Civilizations, 1996; deutsch: Kampf der Kulturen, München 2002). Huntington, Professor an der Harvard University, war Berater der US-Regierung und Mitglied der "Commission on Integrated Long Term Strategy", die langfristige globale Tendenzen herauszufinden hatte, auf die die US-Politik eine richtige Antwort zu finden hätte.

Für Huntington bestimmen nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation nicht mehr politische Ideologien die Weltordnung, sondern Kulturen. Er unterscheidet in sieben bis acht Kulturräume. Der wesentliche Konflikt besteht zwischen der westlichen Zivilisation einerseits und dem chinesischen und islamischen Kulturraum andererseits. Die Menschen suchen ihre Identität wieder in Bezug auf Religion, Herkunft, Sprache, Werte und traditionelle Institutionen. Sie suchen ihre eigene Identität vor allem auch über die Unterscheidung von anderen. Bei den neuen Konflikten handelt es sich in erster Linie um religiöse Konflikte. "Von allen objektiven Elementen, die eine Kultur definieren, ist jedoch das wichtigste für gewöhnlich die Religion." (Huntington, a.a.O., S. 52)

Die Anschläge auf das World Trade Center – 9/11/2001 – und die folgenden in Madrid, Paris, Brüssel und in vielen anderen Städten machten das Argument plausibel, dass sich der Konflikt zuspitzte auf die Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem Islam. Vielen erschienen Islam und Terrorismus als Synonyme. (So z.B. Hirsi Ali in ihrem Bestseller: Reformiert Euch! Warum der Islam sich ändern muss. München 2015)

Dieser Gleichsetzung von Islam und Terror widersprach unter anderen Jürgen Todenhöfer, der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete: "Es waren keine Muslime, die den 'heiligen Krieg' erfanden und auf Kreuzzügen über vier Millionen Muslime und Juden niedermetzelten. Es waren Christen, die in Jerusalem 'bis zu den Knöcheln im Blut wateten, bevor sie glücklich weinend' zum Grab des Erlösers schritten. Es waren auch keine Muslime, die im Namen der Kolonisierung Afrikas und Asiens 50 Millionen Menschen massakrierten. Es waren keine Muslime, die den Ersten und Zweiten Weltkrieg mit fast 70 Millionen Toten anzettelten. Und es waren keine Muslime, sondern wir Deutsche, die zehn Millionen Slawen und sechs Millionen Juden, Mitbürger, Nachbarn und Freunde, feige und schändlich ermordeten." (Inside IS – 10 Tage im Islamischen Staat, München 2015, S. 21).

Weder aus der Geschichte von Terror und Gewalt noch aus seinen theologischen Bestimmungen (siehe Schuhler 2015, S. 63 ff) ist der Islam "terror-affin". Im islamischen Glaubensbekenntnis (Schahada) heißt es: "Ich bezeuge, dass es keine Gottheit außer Gott gibt und dass Mohammed der Gesandte Gottes ist." Die Betonung der Einzigartigkeit ihres Gottes liegt im Wesen jeder monotheistischen Religion. In den Geboten des Christentums wird gefordert: "Du sollst keine fremden (anderen) Götter neben mir haben." (Erstes der Zehn Gebote) Das widerspricht nicht der Mei-



nungs- und Religionsfreiheit (andernfalls wäre jede monotheistische Religion wie Christentum, Judentum und Islam zu verbieten).

Zum Problem wird für die Terrorismus-Kritiker der Islam mit seiner Hinwendung zum 'Islamismus'. 1939 erklärte der Gründer der ägyptischen Muslim-Bruderschaft, Hasan al-Bannä: "Wir glauben, dass die Prinzipien und Lehren des Islams umfassend sind und die Angelegenheiten der Menschen im Diesseits und Jenseits regeln. Diejenigen, die annehmen, dass diese Lehren allein die gottesdienstliche oder spirituelle Seite behandeln, sind im Unrecht, denn der Islam ist Bekenntnis und Gottesdienst, Vaterland und Nationalität, Religion und Staat." (Ali Hillal Dessouki, *Islamic Resurgence in the Arab World*. Princeton 1982, S. 18; wikipedia.org/wiki/islam)

Das war der "Sündenfall" des Islam, als er in den kolonisierten Gebieten nicht mehr bloß spirituelle Orientierung sein wollte, sondern Handlungsanweisung für die konkrete politische Aktion und Struktur – zuständig für das "Diesseits und Jenseits". Der Islamismus war die Übersetzung des Islam in den Kampf gegen den Kolonialismus. Heute ist er in der islamischen Welt zu einem ernststen Hindernis für das globale Ausbeutungssystem des westlichen Kapitalismus geworden.

Der globale Kapitalismus hat drei wesentliche Gründe, warum er im Islam einen fundamentalen Gegner ausgemacht hat:

1.) Islamisch bestimmte Gesellschaften kontrollieren einen Großteil der wichtigen Ressourcen, vor allem Erdöl und Erdgas. Sie besetzen strategisch bedeutsame Positionen an den globalen Transportwegen. In der sogenannten MENA-Region (Middle East, North Africa) von Marokko im Westen bis Iran im Osten liegen 70 % der Welterdölreserven und 44 % der Welterdgasreserven. Zu diesen Ländern gehören unmittelbar Kuwait, Algerien, Marokko, die Westsahara, der Iran, Syrien, Tunesien, Saudi-Arabien, der Irak, Libyen, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Katar. Im weiteren Sinn auch Somalia, Sudan, Türkei, Jordanien, Israel/Palästina. Diese Länder stehen für den Transport von Erdöl und Erdgas. In allen diesen Ländern bilden die Muslime eine Mehrheit von weit über 50 % der Bevölkerung. So wie auch in Subsahara-Afrika mit dem Senegal, mit Gambia, Niger, Tschad und Nigeria. Auch bei den ostasiatischen "Tigern" wie Indonesien und Malaysia treffen wir auf muslimische Gesellschaften.

2.) Der Islam stellt die Religion der Zukunft dar. Der Anteil an Jugendlichen ist beim Islam weit höher als bei allen anderen Religionen. Die Christen hatten 2010 einen Anteil von 31,4 % an der Weltbevölkerung, die Muslime von 23,2 %. Im Jahr 2070 werden die Anteile für beide bei 32,3 % liegen. Im Jahr 2100 liegen die Muslime vorne (34,9 zu 33,8 %). (PEW Research Center, www.pewforum.org/2015/04/02/reli

[gious-projections-2010-2050/](http://www.pewforum.org/2015/04/02/reli)) Bei Langfrist-Projektionen ist immer Skepsis angebracht, aber Trends widerspiegeln die aktuellen Triebkräfte der Entwicklung.

3.) Die im Islam immer stärkere Gruppe der Heranwachsenden stellt die Truppen für einen entschlossenen Kampf um gesellschaftlichen Wandel. Der Islam öffnet diesen Jugendlichen einen legitimen und in ihren Augen würdigen Rahmen für "revolutionären Kampf". Der "Islamismus" bietet eine Alternative zu den korrupten und ineffektiven Regimes in den islamischen Ländern. Und er bietet ein Konzept an für den militanten Kampf gegen den "Westen", sowohl in den islamischen Ländern selbst wie in denen des Westens.

Angesichts dieser Sachverhalte ist die Meinung Angela Merkels verständlich, die "westliche Wertegemeinschaft" werde vom "Islamismus" bedroht. Immerhin geht es um Konkurrenz und Sieg im globalen Geschäft. Was aber haben nun Linke vom Terrorkampf der Islamisten gegen den globalen Kapitalismus zu halten?

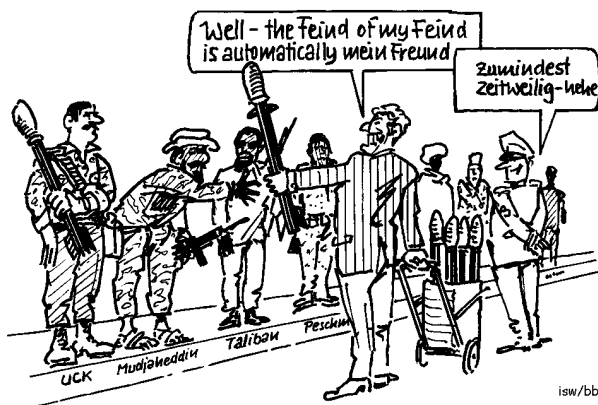
"Terroristen verstehen ihre Anschläge als berechtigte Antwort auf die aggressiv ausbeuterische Politik der USA, die ihre Länder als amerikanische Tankstellen betrachten." (Todenhöfer, a.a.O., S. 23)

Sind sie wirklich eine "berechtigte Antwort"? Wahr ist, dass die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die barbarischen Raubzüge des Westens und seiner regionalen Komplizen nicht widerstandslos hingenommen haben und dass dieser Widerstand oft revolutionäre Gewalt gegen die strukturelle Gewalt der Imperialisten setzte. So begann Mao seinen "Langen Marsch" in China, in Lateinamerika standen u.a. die Guerilla um Castro in Kuba auf, die Unidad Popular in Chile und die Sandinistas in Nicaragua. In Afrika erhob sich die FNL in Algerien und der ANC mit Mandela in Südafrika. Für die radikale Linke, formuliert zum Beispiel von Franz Fanon und von Jean-Paul Sartre, war stets klar: gegen das mörderische System des Kolonialismus kann nur Gegengewalt helfen.

Das galt nicht nur für "Dritte Welt", auch für die Kernländer des Kapitalismus. Herbert Marcuse erklärte, in einer Gesellschaft der "repressiven Toleranz" trage jeder, der opponierende politische Aktivitäten auf die tolerierte Art betreibt, dazu bei, eine bloß demokratische Fassade aufrecht zu erhalten. Er rief zu Widerstandsformen des zivilen Ungehorsams, der entschlossenen Regelverletzung, der Gewalt gegen Sachen, der "symbolischen Gewalt auf. (Herbert Marcuse, *Repressive Tolerance*. In: Wolff/Moore/Marcuse: *Critique of Pure Tolerance*. Boston 1965).

Der islamistische Terror entspricht den Voraussetzungen revolutionärer Gewalt keineswegs. Zwar haben wir es in vielen islamischen und auch den Gast-Gesellschaften in Europa und Nordamerika mit Zuständen "struktureller Gewalt" zu tun, gegen die oft kein politischer Protest hilft. Doch die Entwicklung von Gegengewalt wäre nur eine vertretbare ultima ratio,

wenn sie sicher sein könnte, 1.) dass anders, durch politische Aktionen, die unterdrückende Gewalt nicht beseitigt werden kann; 2.) dass sie Aussicht auf Erfolg hat; und 3.) dass niemand Unbeteiligter zu Schaden kommt. Der islamistische Terror widerspricht diesen Grundsätzen. Er setzt gezielt auf die Schädigung und Tötung Unbeteiligter, um deren politische Repräsentanten zu Konteraktionen zu motivieren, auf die wiederum mit terroristischer Gewalt geantwortet und so die Spirale von Gewalt und Tötungen ständig hochgetrieben wird, ohne dass ein humanitäres Ziel erreicht würde. Dieser Terrorismus ist eine Bedrohung für jeden, er ist durch nichts zu rechtfertigen.



VI. Terrorismus als Alibi für Krieg und Demokratieabbau

Terror und Terrorismus sind längst zu Alibi-Formeln für Kriege und Hochrüstung wie für beschleunigten Demokratieabbau geworden. Das Bundesinnenministerium erklärt: "Für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der westlichen Staatengemeinschaft ist und wird auf absehbare Zeit der islamistisch motivierte internationale Terrorismus die virulenteste Bedrohung und eine der größten Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden bleiben." (bmi.de/DE/Themen/Sicherheit/sicherheit_node.html)

Was für die Sicherheitspolitik im Inneren gilt, zählt genauso für die Militärstrategie. "Terroristische Anschläge stellen die unmittelbarste Herausforderung für unsere Sicherheit dar. Dieses Risiko nimmt durch die Radikalisierung von Sympathisanten sowie die Rückkehr gewaltbereiter Kämpfer aus Krisen- und Konfliktgebieten (sogenannter "Foreign Fighters") nach Deutschland und in die EU-Mitgliedstaaten und damit zumeist auch in den Schengenraum weiter zu und bewegt sich an der Grenze zwischen äußerer und innerer Sicherheit." (Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Weissbuch 2016_barrierefrei.pdf, S. 34) Ganz in diesem Sinn der Bewegung "an der Grenze zwischen äußerer und innerer Sicherheit" wirft das Weißbuch die Frage nach der Zulässigkeit von Einsätzen der Bundeswehr im Inneren auf, die letzten Endes bejaht wird.

Die Probleme, die der Terror für die innere und die internationale Sicherheit bereitet, sind nicht zu leugnen. Aber es sind die fundamentalen Fragen zu stellen: Was sind die Gründe für den Terror? Was ist Ursache, was ist Wirkung? Denken wir an die Erkenntnis von Peter Ustinow: Krieg ist der Terror der Reichen gegen die Armen; Terror ist der Krieg der Armen gegen die Reichen. Und fragen wir uns dementsprechend, ob ständige "militärische Interventionen" nicht eher wachsenden Terrorismus zur Folge haben. Diese Kriege der Nato-Mächte dämpfen in Wahrheit nicht Ursachen des Terrors ein, sie schaffen neue und verschärfen die alten. Und: Wie groß ist die Gefahr tatsächlich, die von den Zuwanderern für unsere innere Sicherheit tatsächlich ausgeht? (Siehe Kapitel III)

Die "Gefahr im Innern" und wie Berlin ihr begegnen will

Die Berliner Regierung der Großen Koalition sieht im internationalen Terrorismus auch die größte Bedrohung der inneren Sicherheit. Deshalb hat sie umfangreiche "Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Deutschland" auf den Weg gebracht. (Bundesministerium des Innern: Geplante Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Deutschland. www.bmi.de) Schon in dieser Legislaturperiode werden die Sicherheitsbehörden des Bundes über 4.600 neue Stellen bekommen. Derzeit wird geprüft, wie viele weitere Mittel und Personen "bei der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz" gebraucht werden. Eine neue "Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich" mit 400 Fachleute wird aufgebaut. Die Videoüberwachung "öffentlich zugänglicher Räume" soll ausgebaut und perfektioniert werden. Der Einsatz von "Biometrie" – Lichtbild und Gesichtserkennungssysteme – wird vorangetrieben. Die Polizei wird gemeinsame Übungen mit der Bundeswehr abhalten, deren Einsatz im Inneren wird also schon geprobt. Die Prävention im Bereich "Extremismus und Radikalisierung" wird intensiviert, was auf die möglichst vollständige Überwachung und Kontrolle der Geflüchteten hinausläuft. Für Ausländer, die straffällig geworden sind, wird ein Haftgrund "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" geschaffen, der für die sofortige Ausreisepflicht sorgen soll.

Ausländer werden von den deutschen Behörden mehr und mehr unter dem Aspekt kriminellen und terroristischen Verhaltens eingestuft. Wie sieht es aus mit der kriminellen Qualität von Ausländern und Geflüchteten im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung?

Die Zahl der einer kriminellen Tat Verdächtigen ist 2015 in Deutschland auf ungefähr dem selben Stand wie 2014: rund 2 Millionen. Auf nichtdeutsche Tatverdächtige entfielen 28 %, auf Zuwanderer 6 %. (Bundeskriminalamt: bka.de/KriminalitätImKontextVonzuwanderung_2015.pdf, S. 8) Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung liegt bei 10,5 %,

der der Zuwanderer bei 1,4 %. (Statistisches Bundesamt. Destatis.de/Wanderungen) Das heißt, der Kriminalitätsanteil der Nichtdeutschen liegt fast dreimal höher als ihr Bevölkerungsanteil, bei den Zuwanderern beträgt der Faktor mehr als das Vierfache. Fazit: Die Zuwanderer schaffen in der Tat ein spezielles Sicherheitsproblem.

Woher kommen die tatverdächtigen Zuwanderer? 27 % von ihnen stammen aus den Balkanstaaten (Albanien, Serbien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina). Diese Balkanstaaten waren 2015 die Herkunftsländer von 13 % der "Asylanten". 64 % aller "Asylanten" kamen aus Syrien, Afghanistan und Irak, doch sie stellten nur 17 % der Tatverdächtigen. 14 % von ihnen kommen aus den Maghreb-Ländern Algerien, Marokko und Tunesien, die 2 % aller "Asylanten" stellen. (Bundeskriminalamt, a.a.O., S. 9)

In statistischen Durchschnitten gesehen weisen die Anteile an Tatverdächtigen bei den Balkan-Herkunftsländern eine doppelt so hohe Beteiligung auf wie bei den Asylbewerberzahlen, bei den Maghreb-Staaten liegt der Faktor bei 7, bei den Hauptländern Syrien, Afghanistan und Irak bei 0,5. Es gibt also eine klare Rangfolge der Kriminalitätsraten.

2015 kamen 184 % mehr Zuwanderer nach Deutschland als im Jahr zuvor (plus 565.000 – Statistisches Bundesamt, a.a.O., S. 74). Die von Zuwanderern begangenen Straftaten haben um 79 % zugenommen (BKA, S. 28) Die Deliktsbereiche werden angeführt von Ladendiebstahl, Körperverletzung und Beförderungserschleichung.

Die Kriminalitätsakte der Zuwanderer werden aber übertroffen von den Straftaten Deutscher gegen Asylbewerber, zum Beispiel gegen Asylunterkünfte. Von 2014 auf 2015 hat sich diese Zahl von 199 auf 1.031 mehr als verfünffacht. (BKA, a.a.O., S. 39) Die Gewaltdelikte haben sich um mehr als das Elfache erhöht (von 8 im 1. Quartal 2015 auf 90 im vierten Quartal). Darunter finden sich zwei Mordversuche, ein Totschlagversuch, 49 gefährliche Körperverletzungen, 76 Brandstiftungsdelikte und acht Sprengstoffexplosionen. (A.a.O., 40)

Diese hohen Zahlen an Kriminalität von Zuwanderern und gegen sie widerspiegeln das partielle Anwachsen der Kriminalität, aber nicht die Entwicklung des Terrorismus in Deutschland. Nach dem Global Peace Index liegt Deutschland in der Liste der friedlichsten Länder unter 163 untersuchten Ländern an Platz 16, unmittelbar hinter Schweden und Australien und vor Norwegen, Belgien und Holland. Aus Deutschland sind 2015 750 Menschen ausgereist, um sich terroristischen Organisationen wie dem IS in Syrien und dem Irak anzuschließen. Rund 100 von ihnen seien zu Tode gekommen, 250 seien nach Deutschland zurückgekehrt, die "Foreign Fighters". (Zeit online, 3.6.2016 – Zahl der Terroranschläge weltweit gesunken). Die Rückkehrer werden von den deutschen Sicherheitsbehörden speziell unter Beobachtung gehalten. Das Bundesinnenministerium stuft insgesamt

520 Personen in Deutschland als "islamistische Gefährder" ein. Die Bundesanwaltschaft führt derzeit 160 Verfahren gegen 180 Beschuldigte aus dem Bereich "islamistischer Terrorismus" (Süddeutsche Zeitung, 20.10.2016)

Vom "Krieg gegen den Terror" über "R2P" bis "Frontex" und "Operation Sophia" – die Militarisierung der internationalen Politik

Auch wenn man den Feststellungen von US-Forschern und Publizisten, kriminelle Elemente in der Bush-Regierung hätten die Anschläge auf die Twin Towers am 9.11.2001 in New York "bewusst zugelassen oder gar selber inszeniert, um die imperiale Vorherrschaft auszubauen, um durch Kriege im Ausland Erdöl und Erdgas zu erbeuten, in den USA die Bürgerrechte einzuschränken, den Überwachungsstaat zu legitimieren und die Militärausgaben auszuweiten" (Ganser 193), nicht folgen will, steht fest, dass die US-Regierung unmittelbar nach dem Anschlag in New York den "Krieg gegen den Terror" ausrief und knapp vier Wochen später Afghanistan mit Marschflugkörpern, Kampfflugzeugen und B-2-Langstreckenbomben angriff. Vor der UN-Vollversammlung hatte Präsident Bush behauptet, die Anschläge des 9/11 seien das Werk von Osama bin Laden, der in einer Höhle in Afghanistan hauste, und 19 Muslimen gewesen. Die UN hatten ihre Zustimmung zu diesem Angriff verweigert. Daraufhin erklärte die NATO die Terroranschläge zum ersten Bündnisfall ihrer Geschichte. Auch das NATO-Land Deutschland beteiligte sich – unter anderen wie Großbritannien und Frankreich – an dem illegalen Angriffskrieg.

Zwei Jahre später stürzen sich die NATO-Staaten USA und Großbritannien auf den Irak. Die Angst vor dem "Terrorismus" wurde von der US-Propaganda mit Horormärchen über ABC-Waffen im Besitz des Hussein-Regimes ins Hysterische gesteigert. Hussein wird erhängt.

Getötet wird auch der libysche Präsident Muammar Gaddafi beim Angriffskrieg der NATO gegen Libyen 2011. Dieser Krieg war ein Meilenstein auf dem Weg zur Militarisierung der internationalen Politik, wurde der Angriff doch damit legitimiert, dass das Gaddafi-Regime nicht mehr imstande sei, seine Bürger gegen Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Wenn ein Staat dazu nicht mehr fähig sei, habe die internationale Gemeinschaft das Recht, zum Schutz der bedrohten Bevölkerung einzugreifen. (Responsibility to Protect, R2P, siehe Kapitel III; Ganser 247). In der UN-Charta ist hingegen das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates verankert. (Artikel 2)

R2P erlaubt es den dominanten Mächten, Menschenrechte überall nach ihrer Façon auszulegen – erforderlich wäre eigentlich die Zustimmung einer "legitimen Autorität", in der Regel der Sicherheitsrat der UN – und mit militärischen Mitteln durchzusetzen. So sieht sich auch Syrien im Visier von R2P. Doch treffen

hier die dominanten Kräfte des Westens auf eine starke Oppositionskraft, auf Russland und den Iran. Mit der Verschiebung der globalen Machtverhältnisse werden "Schutzverantwortung" und "Antiterrorkampf" zu militärischen Instrumenten im Kampf um globale Vormachtstellung. Die lokalen Terror- und Antiterrorkämpfe werden zu Stellvertreterkriegen. Die Übergänge zu größeren Kriegen rücken näher.

Besonders intensiv nützen die Nato und vor allem die Bundeswehr die Migrations- und Terrorismusbekämpfung, um im gesamten Mittelmeer eine permanente militärische Präsenz aufzubauen. Dazu zählen die Grenzschutzagentur Frontex und das Europäische Grenzüberwachungssystem Eurosur und zahlreiche Marinemissionen: die UNIFIL-Mission vor der Küste Libanons, die gegen den IS gerichtete Operation Inherent Resolve und drei weitere Operationen im Mittelmeer. "Damit erhält die Bundeswehr gemeinsam mit Militärverbänden weiterer Staaten das Recht, den kompletten See- und Luftraum des Mittelmeers zu patrouillieren. Die Migrationskontrolle wird zum Mittel für die Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen der Großmacht Deutschland – auf Kosten Tausender Menschenleben." (Jacqueline Andres, Eine unendliche Mission. IMI-Analyse 2016/39. Informationsstelle Militarisierung (IMI), www.imi-online.de)

Literatur

- Benjamin, Daniel / Simon, Steven: The Global Threat in 2016: A Forecast. www.ctc.usma.edu/v2/wp-content/uploads/2016/01/CTC-SENTINEL-Vol9Iss16.pdf
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2015 – Fakten und Tendenzen. Verfassungsschutz.de/de/download-manager/_vsbericht-2015.pdf
- Ders.: Verfassungsschutzbericht 2015. Fakten und Tendenzen (Kurzzusammenfassung) Verfassungsschutz.de/download-manager/-vsbericht-2015-Kurzzusammenfassung.pdf
- Bundeskriminalamt: Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/161018_BundeslagebildKriminalitätImKontextZuwanderung.html
- Bundesministerium des Innern: Geplante Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Deutschland. 11.8.2016. www.bmi.de
- Bundeswehr: Einsatzzahlen – die Stärke der deutschen Kontingente. www.bundeswehreinsatz.de
- Die Bundesregierung: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. www.Weissbuch2016_barrierefrei.pdf
- Ganser, Daniele: Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien. Zürich 2016
- Hallil Dessouki, Ali: Islamic Resurgence in the Arab World. Princeton 1982
- Hirsi Ali, Ayaan: Reformiert Euch! Warum der Islam sich ändern muss. München 2015
- Huntington, Samuel P.: Clash of Civilizations. 1966. Deutsch: Kampf der Kulturen. München 2002
- Institute for Economics and Peace: 2016 Global Peace Index. economicsandpeace.org/reports
- Ders.: Global Terrorism Index 2015.
- Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut. Berlin 2016
- Marcuse, Herbert: Repressive Tolerance. In: Wolff/Moore/Marcuse: Critique of Pure Tolerance. Boston 1965
- PewResearchCenter: The Future of World Religions: Population Growth Projections, 2010 – 2050 www.pewforum.org/2015/04/02/religious-projections-2010-2050/
- Schmid, Fred / Schuhler, Conrad: isw-Wirtschaftsinfo 50 – Bilanz 2015 – Ausblick 2016.
- Schuhler, Conrad: Die große Flucht. Köln 2016
- Schuhler, Conrad: Alles Charlie oder was? Köln 2015
- Soltz, Ingar: Sicherheit: ein heißes Eisen für die Linke? – In: Zeitschrift LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1/2016
- Statistisches Bundesamt: Datenreport 2016. Destatis/DE/Publikationen/Downloads/Datenreport.2016.pdf
- Todd, Emmanuel: Qui est Charlie? Sociologie d'une crise religieuse. Paris 2015
- Todenhöfer, Jürgen: Inside IS – 10 Tage im Islamischen Staat. München 2015
- UNCHR – The UN Refugee Agency: Global Trends 2015. Unchr.de/global_trends_2015.pdf
- United Nations Development Programme: Human Development Index. Undporg.2015_statistical_abstracts_tables_all
- Van Ostueyen, Peter: Belgian Radical Networks and the Road to the Brussels Attacks. www.ctc.usma.edu/v2/wp-content/uploads/2016/06/CTC-SENTINEL_Vol9Iss613.pdf
- Wernicke, Jens: Illegale Kriege. Interview mit Daniele Ganser. NachDenkSeiten, 14.10.16. www.nachdenkseiten.de/?p=35408

Conrad Schuhler

Die Linke, der Terror und die innere Sicherheit

Ein Kommentar

1.) Innere Sicherheit – der Grundwiderspruch von Rechts und Links

Aus der Perspektive der Konservativen, der Rechten entspringen terroristische Gewalttaten der "conditio humana", der menschlichen Verfasstheit. Innenminister de Maizière behauptete nach den Terrorakten von Nizza und Würzburg im Sommer 2016: "Aber es gehört leider zum menschlichen Leben, dass es solche Gewaltexzesse gibt." (Spiegel, 30/2016).

Als "Turboradikalisierer" der Gewalttäter gilt der Islam beziehungsweise seine Medina-Variante, der Islamismus. In der neuen CSU-Diktion wird er generell "der politische Islam" genannt. Er bietet die Möglichkeit, die Gewalttat in einen Zusammenhang mit Politik oder göttlichen Geboten zu stellen. Nicht nur werde die Sache, für die getötet und gestorben wird, dadurch erhöht, sondern auch die "bisher egale Existenz" des Attentäters (FAS, 24.7.2016).

Seit dem Münchner Attentat am 22.7.2016 tritt neben den "religiösen Terrorismus" im konservativen Erklärungskanon vermehrt die psychotherapeutische Deutung. Es werden drei Tätergruppen unterschieden: die Psychopathen, die Psychotiker und die Traumatisierten. (Süddeutsche Zeitung, 25.7.2016) Alle Täter wiesen eine starke Persönlichkeitsstörung – oder gar -zerstörung – auf. Nur solche gestörten Persönlichkeiten würden in die Welt des Terrors abdriften. "Eine gesunde Person kann oft die schwersten Konflikte irgendwie abfedern." (SZ, a.a.O.)

Dass Traumatisierungen und Persönlichkeitsstörungen nicht vom Himmel fallen, sondern im Wesentlichen soziale Ursachen haben, die zu psychischen Defekten führen, wird von den konservativen Terrordeutern geleugnet. Diese Leugnung sozialer, politischer Gründe des Terrorismus oder auch der "Amokläufe" liefert zugleich die Begründung für die Technik der Rechten, wie dem Terrorismus zu Leibe zu rücken sei: "Das Wichtigste ist, dass unsere Sicherheitsbehörden frühzeitige Informationen über Gefährder oder mögliche gefährliche Entwicklungen erhalten und nutzen." (de Maizière, a.a.O.) Die Antwort der Rechten auf den Terror ist die Abschottung der Außengrenzen und die Perfektionierung des Polizeistaats nach innen.

Für die Linke ist der Terrorismus hingegen eine Folge der globalen und nationalen Unterdrückung und der wachsenden sozialen Ungleichheit. Wenn die 80 Superreichen der Erde so viel haben wie die Hälfte der Erdbevölkerung, wenn Despoten in aller Welt in Komplizenschaft mit dem globalen Kapital ihre Völ-

ker ausbeuten, wenn Nato und Bundeswehr in Dutzenden "Auslandseinsätzen" die globale Ausbeutungsstruktur durchsetzen und absichern, dann werden die "Verdammten dieser Erde" immer heftiger zuschlagen gegen das "System", das ihnen den Zugang zu Nahrung, persönlicher Sicherheit, sozialem Fortkommen unmöglich macht. Wenn in Deutschland das reichste Prozent der privaten Haushalte ein Drittel des Gesamtvermögens besitzt, während die Mehrzahl des großen Restes so gut wie kein Vermögen aufweist, aber fast jeder Fünfte armutsgefährdet ist, dann weist dies in die Richtung der kommenden Veränderung, des Umschlagens von Verdrossenheit und Ohnmacht in indigenen "Terrorismus".

Die Linke fragt, wie es zu "Persönlichkeitsstörungen" mit den mörderischen Folgen kommen kann. Der abgelehnte syrische Asylbewerber, der mit einer Bombe zum Volksfest zog – woher hatte der seine "Störung"? Er kommt aus einem Bürgerkriegsland, er kann gar nicht zurück, dennoch wird ihm das Asyl verweigert, er soll nach Bulgarien, das ihn als erstes EU-Land aufgenommen, wo ihm aber jede individuelle Perspektive verwehrt ist. Ihm wird von der deutschen Obrigkeit gesagt, bei uns hast Du keine Zukunft und wenn Du auch sonst nirgendwo eine hast, dann ist das Dein Pech. Dieser Umgang bedeutet die Aufzucht von "Terroristen".

Die "traumatisierten" Gewalttäter kommen mehrheitlich aus der zweiten Generation von Migranten, die bei uns oder in Frankreich oder in Belgien in sozial unterversorgte Enklaven abgeschoben werden. Sie werden dort festgehalten in einem Nährboden für Gewalt, Kriminalität und Terror. Ihr "Trauma" ist Ergebnis der sozialen Umstände, in denen sie aufwachsen.

Jede wirkliche Sicherheitspolitik muss auf diese Ursachen des Terrors zielen:

a) Sie muss die Flüchtlings- und Asylpolitik radikal ändern. Es geht nicht um die karitative und psychiatrische Rundumbetreuung der Migranten, sie müssen vielmehr solidarisch, demokratisch, "auf Augenhöhe" behandelt werden und sie brauchen die notwendige Unterstützung durch den Ausbau des Sozialstaates für ihre Bedürfnisse: medizinisch, in Bildung und Ausbildung, bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Es geht um die Erstellung eines tragfähigen Sozialstaates für alle, für die indigenen Subalternen wie für die neu zugewanderten.

b) Sie muss eine Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik einschließen, die den Ursachen der Flucht-Migration wirklich zu Leibe rückt. Deutschland muss seine

auswärtigen Militärmissionen einstellen und Rüstungsexporte in Spannungsgebiete unverzüglich und Rüstungsexporte generell baldmöglichst einstellen. Stattdessen hat die Bundesregierung im letzten Jahr ihre Rüstungsexporte fast verdoppelt und mit Saudi Arabien einen der Haupttreiber von Krieg und Terror im Mittleren Osten besonders massiv ausgestattet. Die Politik der Handelsabkommen der EU u.a. mit afrikanischen Ländern trägt eine Hauptverantwortung für das ökonomische Siechtum dort. Deutschlands Politik trägt wesentlich zu den Ursachen der Fluchtbewegungen und des Terrors bei.

2.) Islam und "Islamisierung des Abendlandes" – ein neuer Sündenbock für die verheerenden Mängel des Systems

Im neoliberalen Kapitalismus wird die "kleine Gruppe ganz oben" immer exklusiver, immer reicher und in ihrem Elitestatus immer dreister. Der Mittelstand bröckelt, die Angst vor dem Abstieg greift um sich. Der Armutssockel wächst und die Menschen dort erfahren, dass ihre soziale Not und ihre Ängste von der Politik nicht aufgenommen werden. In dieser Lage – hie der absurde Reichtum der Wenigen, dort Zukunftsangst und materielles Elend der Vielen – kommen nun Hunderttausende Flüchtlinge, jedes Jahr sehr viel mehr, und viele davon Muslime. In den Augen vieler prekärer und benachteiligter "Eingeborener" sind die Neuankömmlinge Konkurrenten um öffentliche Mittel, um Arbeitsplätze, um Wohnungen. In den Augen der Eliten sind die Migranten eine Manövriermasse in der Strategie für niedrige Löhne, für das Wohlergehen der Subalternen, für die Umleitung der Frustrationen der Verlierer des Systems auf einen Sündenbock. Die Propaganda von der "Islamisierung des Abendlandes" ist der Versuch, die strukturellen Mängel der neoliberalen Gesellschaft abzuschieben auf eine Gruppe, die mit dem Versagen des Systems nichts zu tun hat (außer, dass sie selbst dessen Opfer ist).

Den Eliten geht es darum, die Subalternen zu spalten und aufeinander zu hetzen. Zur stets wiederholten Propaganda gehört einmal die Beschwörung einer deutschen Nation, "tief eingewurzelt in Werte und Traditionen des christlichen Abendlandes" (so der Entwurf zum Bayerischen Integrationsgesetz). Da kann man nur qua Geburt dazugehören, alle anderen müssen draußen bleiben. Ergänzt wird die Selbstfeier als "christliches Abendland" durch das "Aufdecken" von Stellen im Koran, die Homophobie oder Frauen- und Demokratiefeindlichkeit belegen sollen. Das ist ebenso unsinnig, als würde man protestantischen Christen ihr Recht auf demokratische Teilhabe mit dem Vorwurf verwehren, Luther sei ein herausragender Antisemit gewesen. Er hat die Juden als ein "verdammtes, verworfenes Volk" geschmäht, deren Synagogen niederzubrennen und deren Häuser zu zerstören wären. (Vgl. Schuhler, Die große Flut. Köln 2016, S. 106f.) Das spricht ebenso wenig gegen die huma-

nistische Grundüberzeugung von Protestanten, wie katholischen Christen ihr fortschrittliches Engagement nicht deshalb abgesprochen werden kann, weil der katholische Papst Johannes Paul II. den chilenischen Faschisten-Diktator Pinochet besuchte und bekräftigte und gleichzeitig die Befreiungstheologen um Leonardo Boff für ihr "auf das Diesseits reduzierte Verständnis von Befreiung" kritisierte (a.a.O.)

Nicht auf die oft widersprüchlichen Traditionen einer Kultur und Religion (so im Islam zwischen Mekka und Medina-Muslimen) in ihrer vielfältigen, oft tausendjährigen Geschichte kommt es an, sondern auf ihre aktuelle und zukünftige Tauglichkeit für ein solidarisches Miteinander höchst verschiedener Menschen. Alle Religionen und Kulturen haben diese Aufgabe längst noch nicht gelöst. Den gezielten amtlichen und medialen Diffamierungen der Muslime, diesen schnöden Versuchen tödlicher Stigmatisierung und platter Spaltung müssen wir aus Humanismus wie aus Eigeninteresse entgegentreten.

3.) Die Saat geht auf: Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime fünfmal höher als im Vorjahr

Die Propaganda von der "islamisierten Radikalität" und vom Islam als minderwertiger Religion hat zu einer sprunghaften Erhöhung einer "ethnischen Radikalität" der deutschen "Eingeborenen" geführt. 2015 wurde mit mehr als tausend Attacken auf Flüchtlingsheime die Zahl dieser Angriffe mehr als verdünffacht. Dabei handelte es sich in 92 Fällen um Brandstiftungen. Der NRW-Innenminister sagte dazu: "Die Menschen trauen sich das, weil sie glauben, dass ihre radikale und rassistische Haltung begrüßt und gutgeheißen wird." (www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingsheime-bundeskriminalamt-zaehlt-mehr-als-tausend-attacken-auf-fluechtlingsheime) Auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Monika Lazar gab die Regierung die Auskunft, dass es im letzten Jahr zu 75 rechtsextremen Angriffen auf Politiker in Deutschland gekommen ist. Lazar: "Die Hemmschwelle, Gewalt als Mittel in der politischen Auseinandersetzung einzusetzen, ist gefährlich gesunken." (A.a.O.)

4.) Die gewalttätige Rechte deutet die soziale Frage in einen Kampf zwischen Innen und Außen um und ist damit auch unter Arbeitern sehr erfolgreich

"Der neue Rechtspopulismus besetzt die soziale Frage und deutet sie in einen Verteilungskampf um, der zwischen Innen und Außen, zwischen zivilisierten und vermeintlich minderwertigen Kulturen ausgetragen wird." (Klaus Dörre, www.theoriekritik.ch?author_name=klaus-doerre) Mit diesem Verfahren sind die Rechten vor allem im Arbeitermilieu erfolgreich. In Sachsen-Anhalt stimmten 37 % der Arbeiter und 38 %

der Arbeitslosen für die AfD, die damit vor CDU, SPD und Linken lag. In Baden-Württemberg waren es 30 % der Arbeiter und 32 % der Arbeitslosen. In Österreich haben im ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahlen 72 % der Arbeiter für den FPÖ-Kandidaten gestimmt. (A.a.O.) In den USA erfährt Donald Trump mit einem wüsten Programm gegen illegale Einwanderer und Muslime die größte Zustimmung unter Arbeitern. In Frankreich hat der Front National in den meisten Regionen die KPF als Partei-Stimme von Arbeitern und Arbeitslosen abgelöst.

Die wichtigsten Motive für die Wahl der AfD waren die miteinander verbundenen Fragen der Flüchtlinge und der sozialen Gerechtigkeit. Die Eliten-Propaganda, die Zuwanderer nehmen uns das dringend Benötigte weg, verfängt. Die Abwehr von "Fremden" wird als Schutz der eigenen Lebensweise und gefährdeten Existenz gesehen. (Dörre, a.a.O.)

Was für die "islamisierte Radikalität" die Berufung auf Allah und seinen Propheten leistet, schafft für die ethnische Radikalität Deutscher die Anrufung von "Volk" und "christlichem Abendland", nämlich die Ausgrenzung und Stigmatisierung der anderen und damit die Rechtfertigung von Gewalt.

5.) Die Linke und die innere Sicherheit

Ingar Solty fragt: Sicherheit: Ein heißes Eisen für die Linke? (Zeitschrift Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis.1/2016) Warum ist dies Eisen für Linke so heiß? Solty verweist darauf, dass die radikale Linke antistaatlich sei. Auch die Kommunisten hegten die Vorstellung vom Absterben des Staates. Zwar verteidige die Linke die "linke Hand des Staates" (Bourdieu), nämlich den Sozialstaat gegen den Neoliberalismus. Doch eine Stärkung seiner "rechten Hand", also der staatlichen Gewaltapparate, widerstrebe ihnen. Solty tritt dem entgegen und verfißt "Angstfreiheit als Frage sozialer Infrastruktur". Innere Sicherheit sei selbst eine soziale Frage. Die unteren Klassen seien es vor allem, die sich der kriminellen Fäulnis des Kapitalismus ausgeliefert sähen, während die Reichen in gated communities sich privat abgesichert hätten.

Da ist viel dran. Wir haben ein staatliches Gewaltmonopol – das definiert den Staat sogar nach Max Weber – und derzeit brechen in terroristischen Attacken oft diese Monopolzugriffe zusammen, fundamentaler noch: vor allem Arbeiterviertel sind systematisch unterversorgt mit polizeilichen und sozialen Ressourcen, womit sie zu den Hauptpunkten von sozialer Auflösung und Kriminalität werden. Die miserablen Auswirkungen neoliberaler Austerity- und Elitenpolitik treffen die unteren Schichten besonders hart. Ihnen fehlt es an sozialer Sicherheit, an Angstfreiheit. Sollten Linke daher für eine Stärkung der "rechten Hand des Staates" plädieren?

Jeder, der schon mal wie der Autor, da er eine Demo gegen Neonazis geleitet hatte, wegen "schweren Landfriedensbruchs" verurteilt wurde, hat da instink-

tive Bedenken. Die "rechte Hand" ist da, um mit aller Konsequenz die Eigentumsordnung zu verteidigen nach Maßgabe der jeweils herrschenden Elite. Polizei und Richter sehen sehr wohl nicht nur die Rechte der einzelnen Person, sondern das dahinterstehende Gefüge des Rechts von Oben und Unten. Und wer es nicht sieht, lernt es in seiner Behörde schnell kennen.

Und dennoch ist es richtig, innere und äußere Sicherheit und Angstfreiheit im gesellschaftlichen Leben als zentrale Teile der sozialen Frage zu verstehen. Wenn Kriminalität und Terror das Ergebnis fataler Gesellschaftsdefekte sind – von der Eigentumsfrage über drohenden Arbeitsplatzabbau bis zur Ausdünnung der Polizeistrukturen gerade in "sozial schwachen" Gebieten – dann können sie nur zufriedenstellend bekämpft werden, wenn diese Defekte behoben werden. Wir brauchen den Ausbau des Sozialstaates durch massive öffentliche Investitionen, durch mehr LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, KindergärtnerInnen, KrankenpflegerInnen, ÄrztInnen und eben auch PolizistInnen. Dieser neue Aufbau des Sozialstaates ist der Grundpfeiler auch der Sicherheitspolitik – die Gewaltinstrumente des Staates müssen funktionstüchtig sein gerade auch für die "Subalternen", weshalb sie demokratisch organisiert und kontrolliert werden müssen. "Denn die Unsicherheit ist kapitalistisch und Sicherheit ein linkes Thema." (Solty) Da die "revolutionäre" Lösung nicht aktuell ist, müssen wir die Gesellschaft schrittweise und nach Maßgabe linker politischer Kraft in diese Richtung hin zu sozialer und persönlicher Sicherheit transformieren.

Dieser Kommentar findet sich auch bei isw-muenchen.de

isw-report (Auswahl) ISSN 1614-9289

- report 83/84: **China. Krise als Chance? Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht** (Dezember 2010) 2,00 EUR + Versand
- report 85: **Scheitern EURO und EU?** Doku des 19. isw-forums (Juni 2011) 1,00 EUR + Versand
- report 87: **ABC der Schulden- und Finanzkrise** (Dezember 2011) 4,00 EUR + Versand
- report 89: **Dringend gesucht: Alternative zum Kapitalismus. Doku des 20. isw-forums** (Juni 2012) 1,00 EUR + Versand
- report 90: **Euro-Zone: Inkassobüro für die Banken? Zerbricht der Euro? Kraft für ein soziales Europa?** (Sept. 2012) 3,00 EUR + V.
- report 91: **Grüne Wende. Neue Farbe oder neues System?** (Dez. 2012) 3,50 EUR + Versand
- report 92: **Der Überfall der Banken.** Wie die Banken die Gesellschaft ruinieren u. wie sie an die Kette zu legen sind (April 2013) 3,50 EUR
- report 93: **Die Schulden streichen!** Grundlage für eine Erneuerung Europas (21. isw-forum) (Juni 2013) 1,00 EUR
- report 94: Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation: **Kapitalismus am Ende?** (Sept. 2013) 3,50 EUR
- report 95: **Die Krise und die Spaltung Europas. Europa am Scheideweg** (Dez. 2013) 3,50 EUR
- report 96: **Widerstand** – Kapitalismus oder Demokratie (März 2014) 3,50 Euro + Versand
- report 97: **Wirtschafts-Nato TTIP – STOP!** (Juli 2014; akt. Beilage April 2016) 3,50 Euro + Versand
- report 98: **Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?** Beiträge 22. isw-forum (Sept. 2014) 3,00 EUR
- report 99: **Die Energiewende im Würgegriff der Konzerne** (Dezember 2014) 3,50 EUR
- report 100/101: **Umbruch im globalen Kapitalismus.** Abstieg der G7-Metropolen - Aufstieg der Schwellenländer (April 2015) 6,00 EUR
- report 102: **Der Aufstieg des Südens – Umbruch in der globalen Machtverteilung?** Doku 23. isw-forum (Sept. 2015) 3,00 EUR
- report 103: **Wege aus dem Kapitalismus.** Die Alternativen entfalten sich nur in sozialen Kämpfen (Nov. 2015) 4,50 EUR
- report 104: **Auf der Flucht** – Fluchtursachen. Festung Europa. Alternativen (Februar 2016) 4,00 EUR
- report 105: **Demokratie & Internet** (April 2016) 2,50 EUR + Versand
- report 106: **Digitale Arbeit und Industrie 4.0** Doku 24. isw-forum (H.J. Urban, Th. Hagenhofer, M. Schwarzbach) (Sept. 2016) 2,50 EUR
- report 107: **Pulverfass Nahost** (Dezember 2016) 4,50 EUR

isw-spezial ISSN 1614-9270

- Nr. 24: Für die Krise zahlen? Nein! **Wie die Linke in Europa gegen die Sparprogramme mobil macht** (Sept. 2010) 1,00 EUR + Versand
- Nr. 25: **Arbeitskämpfe in China.** Chinas Gewerkschaften in der Transformation (Dezember 2011) 4,50 EUR + Versand
- Nr. 27: **Wettbewerb schadet der Gesundheit.** Eine Analyse der Gesundheitspolitik in Deutschland (Juni 2013) 3,00 EUR + Versand
- Nr. 28: **Das Geschäft mit der Nahrung** (Juli 2016) 3,00 EUR + Versand
- Nr. 29: **TERROR** - wo er herrührt, wozu er missbraucht wird, wie er zu überwinden ist (Dez. 2016) 2,00 EUR + Versand

isw-wirtschaftsinfo ISSN 1614-9262

- Nr. 50: **Bilanz 2015 – Ausblick 2016** – zur wirtschaftlichen und sozialen Lage (April 2016) 4,50 EUR + V.
- **CD:** alle Grafiken aus wirtschaftsinfo 50 (Powerpoint) 5,00 EUR + Versand

isw-forschungshefte ISSN 1614-9254

- Nr. 4: **Der Markt. Theorie, Ideologie, Wirklichkeit.** Eine Kritik der herrschenden Wirtschaftsideologie (Juli 2010), 4,00 EUR + Versand
- Nr. 5: **Globale Einkommensverteilung.** Entwicklung seit 1980 und Perspektiven (November 2015) 4,00 EUR + Versand

isw-Grafik-Report ISSN 1867-7363

- **Grafik-Info: Der Krieg der Reichen gegen die Armen** (September 2016) farbig 2,00 EUR + Versand

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe
www.isw-muenchen.de

Ich bestelle die oben angekreuzten Titel

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo "Bilanz"

ab isw-report 108 / 109 / 110 / 111
zum Abo-Preis von 18 Euro (Auslandsabo: 28 Euro)

- Ich zahle nach Rechnungstellung
- Buchen Sie den Abo-Betrag von meinem Konto ab (siehe Kasten)

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Datum _____

Ich möchte Fördermitglied des isw e.V. werden

Ich unterstütze die Arbeit des isw ab(Monat/Jahr)
mit einer monatlichen Spende von EUR (mind. 6 Euro)

Als Fördermitglied erhalte ich alle im Förderzeitraum erscheinenden
isw-Publikationen (Printmedien) des isw e.V. als Mitgliederzeitschrift.

- Ich zahle nach Rechnungstellung
 - Ich zahle per Dauerauftrag
 - Buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab
- Die Abbuchung soll erfolgen: vierteljährlich halbjährlich jährlich

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Zahlung per SEPA-Lastschriftmandat (Einzugsermächtigung)
Wenn Sie sich für die Zahlung per Lastschrift entscheiden,
schicken wir Ihnen ein Formular zu, in das Sie Ihre Bankdaten
eintragen können. Mit gleicher Post erhalten Sie auch die für
das Sepa-Lastschriftverfahren notwendigen Daten: unsere
Gläubiger-Identifikationsnummer, Ihre Mandatsreferenznummer
sowie den Abbuchungstermin.
Das Formular finden Sie auch auf unserer Internetseite.



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

www.isw-muenchen.de

ISSN: 1614-9270